Nr. 283. – 31. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 35 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 16. Oktober 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Der Beginn des Ringens um Warschau.

Die Antwerpener Kriegsbeute.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 15. Oktober, mittags. (W. T. B.) Bei Antwerpen wurden im ganzen 4000 bis 5000 Gefangene gemacht. Es ist anzunehmen, daß in nächster Zeit noch eine große Zahl belgischer Soldaten, welche Zivilkleidung angezogen haben, dingfest gemacht wird. Nach Mitteilung des Konsuls von Terneuzen sind etwa 20 000 belgische Soldaten und 2000 Engländer auf holländisches Gebiet übergetreten, wo sie entwaffnet wurden. Ihre Flucht muß in größter Hast vor sich gegangen sein; hierfür zeugen Massen weggeworfener Kleidersäcke, besonders von der englischen Royal Naval Division.

Die Kriegsbeute in Antwerpen ist groß. Mindestens 500 Geschütze, eine Unmenge Munition, Massen von Sätteln und Woilachs, sehr viel Sanitätsmaterial, zahlreiche Kraftwagen, viele Lokomotiven und Waggons, vier Millionen Kilogramm Getreide, viel Mehl, Kohlen, Flachs, für 10 Millionen Mark Wolle, Kupfer und Silber im Werte von etwa einhalb Millionen Mark, ein Panzer-Eisenbahnzug, mehrere gefüllte Verpflegungszüge, große Viehbestände.

Belgische und englische Schiffe befanden sich nicht mehr in Antwerpen. Die bei Kriegsausbruch im Hafen von Antwerpen befindlichen 34 deutschen Dampfer und drei Segler sind mit einer Ausnahme vorhanden; jedoch sind die Maschinen unbrauchbar gemacht. Angebohrt und versenkt wurde nur die „Gneisenau" des Norddeutschen Lloyd.

Die große Hafenschleuse ist intakt, aber zunächst durch mit Steinen beschwerte versenkte Kähne nicht benutzbar, die Hafenanlagen sind unbeschädigt.

Die Stadt Antwerpen hat wenig gelitten. Die Bevölkerung verhält sich ruhig und scheint froh zu sein, daß die Tage des Schreckens zu Ende sind, besonders da der Pöbel bereits zu plündern begonnen hatte.

Die Reste der belgischen Armee haben bei Annäherung unserer Truppen Gent schleunigst geräumt. Die belgische Regierung, mit Ausnahme des Kriegsministers, soll sich nach Le Havre begeben haben.

Angriffe der Franzosen in Gegend von Albert wurden unter erheblichen Verlusten für sie abgewiesen; sonst im Westen keine Veränderungen.

Im Osten ist der russische mit starken Kräften unternommene Vorstoß auf Ostpreußen als gescheitert anzusehen.

Der Angriff unserer in Polen Schulter an Schulter mit dem österreichischen Heere kämpfenden Truppen befindet sich im Fortschreiten. Unsere Truppen stehen vor Warschau. Ein mit etwa acht Armeekorps aus Linie Iwangorod—Warschau über die Weichsel unternommener russischer Vorstoß wurde auf der ganzen Linie unter schweren Verlusten für die Russen zurückgeworfen.

Die in russischen Zeitungen verbreiteten Gerüchte über erbeutete deutsche Geschütze entbehren jeder Begründung.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Französische Meldungen.

Paris, 15. Oktober. (W. T. B.) Eine amtliche Mitteilung von gestern nachmittag besagt:

Auf unserem linken Flügel bis zur Oise dauert die Operation in normaler Weise fort. Im Zentrum würden die Fortschritte unserer Armeen im Gebiete von Berry-au-Bac bestätigt. Auf dem rechten Flügel ist nichts zu melden.

In Belgien fanden im Gebiet von Gent in der Nacht vom 12. zum 13. d. M. und am 13. während des Tages einige Gefechte statt.

Englische und französische Truppen haben Ypern besetzt.

Die Kämpfe um Lille.

Paris, 15. Oktober. Um das nunmehr von den Deutschen eingenommene Lille ist seit zehn Tagen heiß gekämpft worden. Die Franzosen nehmen an, daß die dort neu aufgetauchten deutschen Truppen von dem Belagerungskorps Antwerpens kommen und bis zu den Vorstädten auf der Eisenbahn transportiert wurden. Man erwartet, daß infolge der Verstärkungen die Kämpfe im Norden noch erbitterter fortgehen werden als bisher.

Kämpfe an der belgischen Küste.

Kopenhagen, 14. Oktober. (W. T. B.) Die „Berlingske Tidende" meldet aus London: Ein englischer Korrespondent traf in Veurne (Furnes) die Vortruppen des von Antwerpen kommenden belgischen Heeres an. Reisende, die gestern von Ostende angekommen sind, haben einen heftigen Kampf bei Oostdunkerke dicht am Meere beobachtet.

Ein deutscher Flieger über St. Omer.

London, 15. Oktober. (W. T. B.) Die „Times" melden aus Calais: Ein deutscher Flieger warf am Montag eine Bombe über St. Omer (zwischen Lille und Calais) nieder, wodurch zwei Personen getötet und sechs verletzt wurden. Fünf französische Flugmaschinen verfolgten den Flieger.

Die Kunstdenkmäler in Gent unbeschädigt.

Brüssel, 15. Oktober. (W. T. B.) Eine vorläufige Besichtigung der Baudenkmäler von Gent durch Geheimrat von Falke ergab, daß die Stadt keinerlei Beschädigungen erlitten hat; nicht eine Fensterscheibe ist zerbrochen. Aus der Kathedrale St. Bavo ist der Altar der Brüder van Eyck nebst zwei Altarbildern von Rubens und Gerard van der Meire bereits am 3. August entfernt und nach London gebracht worden.

Eine französische Tatarennachricht.

Paris, 15. Oktober. (W. T. B.) Der „Temps" meldet, daß Deutschland alle Männer unter fünfzig Jahren zu den Waffen rufe.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe bei Przemysl.

Wien, 15. Oktober. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: 15. Oktober mittags: Gestern eroberten unsere Truppen die befestigten Höhen von Starasol. Auch gegen Stary und Sambor gewann unser Angriff Raum. Nördlich des Strwiaz haben wir eine Reihe von Höhen bis zur Südostfront von Przemysl im Besitz. Am San flußabwärts der Festung wird gleichfalls gekämpft. Unsere Verfolgung des Feindes über die Karpathen hat Wyszkow und Skole erreicht.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hoefer.

Eine große Schlacht in Polen im Gange.

Mailand, 15. Oktober. Der „Secolo" berichtet aus Petersburg: Eine große Schlacht tobt auf dem linken Weichselufer auf einer 200 Kilometer langen Front von Sandomir bis hundert Kilometer südlich Warschau. Die Russen schätzen die deutschen Kräfte ziemlich hoch. Sie hoffen, daß sie den Deutschen die Straße auf Warschau sperren können. Andere meinen, es sei ein guter Plan, die Deutschen möglichst weit von der Basis abzulocken und sie von Galizien und von Nordpolen her in den Flanken anzugreifen. Doch mache man auch starke politische Gründe geltend, die für eine Verteidigung Warschaus sprechen. Oberst Schumsky, ein ausgezeichneter Militärkritiker, meint, daß die Deutschen am Njemen nicht nur eine Demonstration machen, sondern die Linie forcieren wollten.

Der russische Staatshaushalt und der Krieg.

Der bekannte russische Gelehrte Bloch, dessen Schlußfolgerungen über das moderne Rüstungswesen und den Krieg u. a. auch Graf Schlieffen akzeptiert hat, hat den Satz aufgestellt, daß der Sieg im modernen Krieg nur dem Staate zufallen kann, der die wirtschaftliche Anspannung während des Krieges besser und länger zu ertragen vermag als sein Gegner. Von diesem Gesichtspunkt aus gewinnt die Lage des russischen Staatshaushaltes zurzeit ein besonderes Interesse. Obgleich Rußland als Agrarstaat die verheerenden Wirkungen des Krieges weniger zu spüren bekommt als die hochentwickelten Industriestaaten Westeuropas, ist die russische Volkswirtschaft — abgesehen von den direkten ungeheuren Verlusten an Werten — Prüfungen ausgesetzt, die sich noch lange Jahre hindurch bemerkbar machen werden. Man erwäge nur, wie das Verbot der russischen Getreide- und Viehausfuhr auf die russische Landwirtschaft wirken muß, die auf diese Ausfuhr angewiesen ist. Viel mehr aber als die Volkswirtschaft muß der russische Staatshaushalt unter den heutigen Umwälzungen leiden. Selbst in den letzten Jahren, die durch einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung und ein heftiges Anziehen der Steuerschraube gekennzeichnet sind, hat sich die russische Finanzwirtschaft nicht von den traditionellen Anleihen im Auslande freigemacht, die es ihr allein ermöglichten, die Defizite im Budget zu decken. Nur mit Hilfe dieser Anleihen im verbündeten Frankreich und England hat Rußland sein 3-Milliardenbudget aufrechterhalten, das in einem beträchtlichen Teil (1907 bis 1912 wurden hierzu insgesamt 3527,83 Millionen Rubel bewilligt) für Heeres- und Flottenausgaben verwendet wurde. Zurzeit scheint es aber völlig ausgeschlossen zu sein, daß Rußland zu diesem traditionellen Hilfsmittel greifen kann.

Diese Tatsache wird von einem so gründlichen Kenner der russischen Finanzen, wie Prof. M. Tugan-Baranowsky, unumwunden zugegeben. Er begrüßt in einem unlängst in der „Retsch" erschienenen Artikel, daß das russische Finanzministerium sofort nach der Kriegserklärung den Umtausch des Papiergeldes gegen Gold einstellte, denn: „es war nicht daran zu denken, daß die Kriegsausgaben mit solchen Mitteln (d. h. mit auswärtigen Anleihen) gedeckt werden könnten, die sich während des japanischen Krieges als so erfolgreich erwiesen haben. Wie gefährlich — fährt er fort — es für die wirtschaftliche Zukunft des Landes auch ist, das von Witte geschaffene Währungssystem zu erschüttern, so ist doch kein anderer Ausweg übrig geblieben. Obgleich wir in der Reichsrentei einen freien Barbestand von einer halben Milliarde besaßen, und obgleich sich unsere Goldvorräte vor dem Kriege auf 1718 Millionen Rubel bezifferten — bei nur 1633 Millionen Rubel Papiergeld im Verkehr.—, war es notwendig, den Umtausch des Papiergeldes so schnell wie möglich einzustellen, um nicht das Gold zu verlieren."

Prof. Tugan-Baranowsky hält es als unvermeidlich, daß jetzt die Bedürfnisse des Staatshaushaltes mit Hilfe der Notenpresse gedeckt werden. „Wie gefährlich die Emissionen von unauswechselbaren Noten auch sind, sie sind unvermeidlich. Man darf sich den außerordentlichen Schwierigkeiten des jetzigen Krieges nicht verschließen. Weder Anleihen noch neue Steuern sind ausreichend, um die Kriegsausgaben zu decken. Der unbezwingbare Lauf der Dinge hat uns während des Krieges zum Papiergeld gebracht und wir können nicht anders, als von diesem Mittel zur Deckung der außerordentlichen Staatsausgaben Gebrauch zu machen."

Was sind nun die Folgen dieser „außerordentlichen" Maßnahmen in Rußland? Nach den Ausweisen der Reichsbank für die Zeit vom 29. Juli bis 14. September hat der russische Goldvorrat (in Rußland und im Auslande) allerdings um 44 Millionen (von 1745 bis 1789) zugenommen. Zugleich ist aber die Summe des in den Verkehr gebrachten Papiergeldes um 921 Millionen (von 1633 auf 2554 Millionen) gestiegen. Zeigt schon diese Tatsache den Zusammenbruch der reinen Goldwährung, so geht aus der Verringerung des berühmten „freien Barbestandes" von 514 auf 231 Millionen, das heißt um mehr als die Hälfte, hervor, wie schnell die mittels der früheren Anleihen zusammengebrachten „außerordentlichen" Hilfsmittel der russischen Regierung zusammenschmelzen.

Nun steht aber die russische Regierung noch vor der außerordentlich schwierigen Aufgabe der Aufstellung des Etats für das Jahr 1915. Bekanntlich wurde der staatliche Branntweinverkauf zu Beginn des Krieges verboten. An sich bedeutete diese Maßnahme einen großen kulturellen Fortschritt, für den Staatshaushalt jedoch, der

bisher auf der Ausbeutung und Förderung der Trunksucht aufgebaut war, ist der Verlust von einer Milliarde Rubel — denn so hoch beziffert sich der durch die Einstellung des staatlichen Branntweinverkaufs herbeigeführte Einnahmeausfall — schwer zu ersetzen. Zur Deckung des Ausfalls sollen nun eine Reihe neuer Steuern ausgeschrieben werden: Grundsteuer, Wohnungssteuer, Gewerbesteuer, Vermögenssteuer, Steuern auf Getreide, Salz, Tabak, Zucker, Petroleum, Streichhölzer, Bier, Baumwolle, Hefe, Zigarettenpapierhülsen, Telephon, Gas, Elektrizität, Naphta, Kinos usw., ferner erhöhte Zollabgaben und Tarife für Bahnfrachten, Schiffsfrachten, Bahnfahrkarten, endlich erhöhte Post- und Telegraphengebühren und Stempelsteuern. Wie ersichtlich, entfallen die meisten dieser Steuern auf Gebrauchsgegenstände, und selbst die angekündigte Vermögenssteuer ist so niedrig angesetzt — insgesamt mit 18 Millionen —, daß von einer Verringerung der indirekten Steuern nicht die Rede sein kann. Wenn schon bisher — nach den Berechnungen von Kuhn im „Finanzboten", dem Organ des Finanzministeriums — die indirekten Steuern in Rußland 76,8 Proz. oder mehr als drei Viertel des gesamten Einnahmebudgets ausmachten, so wird das auch jetzt, nach der Aufhebung des staatlichen Branntweinverkaufs und der Einführung neuer Steuern in demselben Maße der Fall sein. Die Einführung einer hohen Getreidesteuer neben vielen anderen indirekten Steuern wird die Wirkung des neuen Steuersystems für die abeitenden Massen noch fühlbarer machen, während der Umbau eines großen Teils der Steuerverwaltung zur Zeit eines alle Kräfte des Landes in Anspruch nehmenden Krieges das seinige beitragen muß, den ohnehin schwankenden Staatshaushalt Rußlands zu erschüttern.

Der Seekrieg.

Englische Ungeduld.

Kopenhagen, 14. Oktober. (W. T. B.) „National Tidende" meldet aus London: Man ist hier nicht geneigt, die Bedeutung der augenblicklichen Lage zu unterschätzen, jedoch herrscht in gewissen Kreisen Ungeduld darüber, daß nicht schnellere Fortschritte gemacht werden, und daß die britische Flotte noch nicht in der Lage gewesen sei, einzugreifen.

Der Minenkrieg in der Adria.

Wien, 15. Oktober. (W. T. B.) Infolge Intervention der italienischen Regierung hatte die österreichisch-ungarische Regierung den österreichisch-ungarischen Militärattaché in Rom ermächtigt, sich mit einem österreichisch-ungarischen Marineoffizier, der Sachverständiger in Minenfragen ist, nach Venedig zu begeben, um die Umstände zu untersuchen, unter denen in der Adria Minen freigeworden sind. Diese Untersuchung ist bereits abgeschlossen und hat zu der Feststellung geführt, daß durch unberechenbare Zufälligkeiten einzelne der an der österreichisch-ungarischen Küste fix angebrachten Seeminen sich von ihrer Verankerung losgerissen haben und sodann durch den Wind und die Strömung gegen die italienische Küste abgetrieben worden sind. Die österreichisch-ungarische Kriegsmarine hat sofort alle Maßnahmen ergriffen, die geeignet sind, derartigen Unglücksfällen in Zukunft vorzubeugen.

Amtliche Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges.

Unter dieser Ueberschrift teilt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mit: „Angesichts der bei unseren Gegnern hervortretenden Bestrebungen, der deutschen „Militärpartei" und dem deutschen Militarismus die Schuld an dem gegenwärtigen Kriege zuzuschieben, veröffentlichen wir nachstehend eine Reihe von Berichten der deutschen diplomatischen Vertreter im Auslande, die die politischen und militärpolitischen Beziehungen der Ententemächte vor dem Kriegsausbruch zum Gegenstande haben. Von einer Bezeichnung der berichtenden Stellen und des genaueren Datums ist aus naheliegenden Gründen abgesehen worden. Diese Schriftstücke sprechen für sich selbst."

Die sodann zum Abdruck gebrachten Schriftstücke lassen erkennen, daß zwischen England, Frankreich und Rußland seit Wochen vor dem Ausbruch des Krieges Vereinbarungen getroffen waren, die ihre Spitze gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn richteten. Selbst über die zeitweiligen Unternehmungen im Bosporus und in den Dardanellen war man sich bereits einig. Ueber die geplanten Operationen in der Ostsee wird in dem Schriftstück VII vom Juni 1914 ausgeführt:

„Die russischen Interessen in der Ostsee verlangen, daß England einen möglichst großen Teil der deutschen Flotte in der Nordsee festhält. Dadurch würde die erdrückende Uebermacht der deutschen Flotte über die russische aufgehoben und vielleicht eine russische Landung in Pommern möglich werden. Hierbei könnte die englische Regierung einen wesentlichen Dienst leisten, wenn sie vor Beginn der Kriegsoperationen eine so große Zahl von Handelsschiffen an die baltischen Häfen schickte, daß der Mangel an russischen Transportschiffen ausgeglichen wird."

Ein recht schlagendes Bild von der Tätigkeit der russischen Kriegspartei zeichnet aber das Schriftstück X, das wie folgt lautet:

„Juli 1914. Euer pp. beehre ich mich beifolgend Abschrift eines Schreibens zu übersenden, das der Adjutant eines zurzeit hier weilenden russischen Großfürsten unter dem 25. d. M. von Petersburg aus an den Großfürsten gerichtet hat und über dessen wesentlichen Inhalt ich bereits telegraphisch berichten durfte. Das Schreiben, von dem ich auf vertraulichem Wege Kenntnis erhielt, erweist meines gehorsamen Dafürhaltens, daß man schon seit dem 24. d. M. in Rußland zum Kriege entschlossen ist."

Anlage. „12./25. Juli, Petersburg.

In Petersburg waren große Unordnungen unter den Arbeitern, sie fielen sonderbar mit der Anwesenheit der Franzosen bei uns und mit dem österreichischen Ultimatum an Serbien zusammen. Gestern hörte ich von dem französischen Militäragenten General de la Guiche, er habe gehört, daß Oesterreich an den Arbeiterunruhen nicht unschuldig sei. Jetzt kommt aber alles rasch zu normalen Verhältnissen. Und es scheint, daß, von den Franzosen ermutigt, unsere Regierung aufgehört hat, vor den Deutschen zu zittern. Es war längst Zeit! Es ist besser, sich einmal klar auszusprechen, als sich ewig hinter den „professionellen Lügen" der Diplomaten zu verbergen. Das Ultimatum Oesterreichs ist von unerhörter Frechheit, wie alle hiesigen Zeitungen einmütig sagen. Eben habe ich die Abendzeitungen gelesen — gestern war Sitzung des Ministerrats; der Krigesminister hat sehr energisch gesprochen und bestätigt, daß Rußland zum Kriege bereit sei, und die übrigen Minister haben sich voll angeschlossen; es wurde in entsprechendem Geist ein Bericht an den Kaiser fertiggestellt, und dieser Bericht wurde an demselben Abend bestätigt. Heute wurde im „Russischen Invaliden" eine vorläufige Mitteilung der Regierung veröffentlicht, daß „die Regierung sehr durch die eingetretenen Ereignisse und die Absendung des österreichischen Ultimatums an Serbien besorgt sei. Die Regierung verfolgt aufmerksam die Entwicklung der serbisch-österreichischen Zusammenstöße, bei denen Rußland nicht gleichgiltig bleiben kann." Diese Mitteilung ist von allen Zeitungen mit sehr günstigen Kommentaren nachgedruckt worden. Wir sind alle überzeugt, daß dieses Mal keine Rasputins Rußland verhindern werden, seine Pflicht zu erfüllen. Deutschland, das Oesterreich vorschickt, ist fest entschlossen, sich mit uns zu messen, bevor wir unsere Flotte ausbauen, und die Balkanstaaten haben sich noch nicht vom Kriege erholt. Auch wir müssen der Gefahr ins Gesicht sehen und nicht unseren Kopf verstecken, wie während des Balkankrieges, als Kokowzow nur an die Börse dachte. Damals aber wäre der Krieg leichter gewesen, da der Balkanbund voll bewaffnet war. Aber bei uns trieb man die Straßendemonstrationen, die gegen das elende Oesterreich gerichtet waren, durch die Polizei auseinander! Jetzt aber würde man ebensolche Demonstrationen freudig begrüßen. Ueberhaupt wollen wir hoffen, daß das Regiment der Feiglinge (nach Art Kokowzows) und gewisser Schreier und Mystiker vorüber ist. Der Krieg ist ein Gewitter. Mögen auch die Katastrophen kommen, es wäre immer besser, als in dieser unerträglichen Schwüle zu beharren. Aus Erfahrung weiß ich bestimmt, daß für mich der ruhigste Platz in der Front ist, wo man die Gefahr in ihrer natürlichen Größe sieht, und das ist gar nicht so furchtbar; am schlimmsten ist es in der Nachhut, in der die Atmosphäre der Feigheit herrscht, unwahrscheinliche Gerüchte umlaufen und Paniken entstehen. Im künftigen Kriege aber wird das Innere Rußlands die Nachhut sein."

England und Belgien.

Amtlich. Berlin, 14. Oktober. (W. T. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt unter der Ueberschrift: Die Beziehungen Englands zu Belgien: Der militärische Mitarbeiter der „Times" erörtert in der Nummer vom 12. d. M. die Beziehungen Englands zu Belgien, wobei er unter anderem ausführt: „Die Neutralität war ein verhängnisvolles Geschenk für Belgien und machte es ihm unmöglich, militärische und andere Unterhandlungen zu führen und Abkommen zu treffen, die eine schnelle und entschiedene Hilfe seiner englischen Freunde gesichert hätten. Die englischen und belgischen Stäbe konnten über militärische Vorbereitungen, Truppentransportmittel, Eisenbahndienst, Vorratsversorgung usw. keine entsprechenden Pläne machen, ohne streng genommen die Neutralität zu verletzen. Wir konnten und wollten unsere Armee nicht verzetteln, indem wir sie stückweise nach den unvollkommen eingerichteten belgischen Häfen sandten. Uns war unsere Stellung in der französischen Aufstellung angewiesen, und wir mußten uns also nach dem französischen Feldzugsplan richten, da Frankreich im Westen die vornehmlichste kriegführende Partei zu Lande war."

Diese Erklärungen sollen das unliebsam empfundene Ausbleiben einer rechtzeitigen und ernstlichen Hilfe Englands für Belgien entschuldigen und beschönigen. Der Militärpolitiker der „Times" macht nicht den Versuch zu leugnen, daß Belgien berechtigt war, eine viel weitergehende Unterstützung von England zu erwarten. Auch die „Morning Post" hat es bekanntlich getadelt, daß England zur Rettung Antwerpens so wenig getan habe. Ueber die Berechtigung solcher Vorwürfe mögen sich Belgier und Engländer untereinander verständigen. Für uns ist das Eingeständnis des „Times"-Sachverständigen wertvoll, daß die englischen und belgischen Stäbe militärische Vorbereitungen nur unter Verletzung der belgischen Neutralität verabreden konnten. Aus den an dieser Stelle veröffentlichten belgischen Aktenstücken geht aber zur Genüge hervor, daß über eine derartige Verletzung der Neutralität Belgiens zwischen amtlichen englischen und belgischen Stellen tatsächlich im geheimen Verhandlungen gepflogen und Verabredungen getroffen worden sind. Dies ist entscheidend für die Begehung des Neutralitätsbruchs. Diese Feststellung machen wir auch gegenüber der „Berlingske Tidende", die vergeblich Belgien mit dem Hinweis zu entschuldigen sucht, daß es ja keinen Bund mit England und Frankreich gegen Deutschland geschlossen habe.

Die Haltung Portugals.

Lissabon, 15. Oktober. (W. T. B.) Der Gouverneur von Angola hat für Portugiesisch-Kongo das Kriegsrecht erklärt.

Einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" zufolge tritt der Kongreß demnächst zusammen und wird sich zuerst mit der auswärtigen Lage befassen.

Vertrauensvotum für Sembat und Guesde.

Paris, 15. Oktober. (W. T. B.) Die Minister Sembat und Guesde gaben vor einer Gruppe der Partei der geeinigten Sozialisten Erklärungen über ihre Teilnahme an der Regierungsarbeit und der Nationalverteidigung ab. Die Gruppe nahm einstimmig eine Tagesordnung an, in der Sembat und Guesde das Vertrauen auf ihre fernere Haltung inmitten der Regierung ausgesprochen wurde.

Burtzew wieder freigelassen.

Der in einem finnischen Hafen verhaftete russische Revolutionär Burtzew ist von der russischen Regierung nach einer Meldung russischer Blätter wieder aus der Haft entlassen worden.

Der „Retsch" zufolge hat Burtzew eine Denkschrift bei der Regierung eingereicht, in der er seine Rückkehr durch patriotische Motive begründet haben soll. Diese Denkschrift ist Gegenstand eingehendster Beratungen im Ministerrat gewesen. Die Freilassung Burtzews scheint die Folge dieser Erörterungen zu sein.

Englische Preßfreiheit während des Krieges.

London, 15. Oktober. (W. T. B.) Die „Morningpost", die bereits früher die Regierung vor der Gefahr eines dilettantischen Eingreifens von Zivilpersonen in militärische und maritime Operationen warnte, kritisiert in ihrer Nummer vom 13. d. Mts. den Versuch, Antwerpen durch eine kleine Streitmacht von Seesoldaten und Marinefreiwilligen zu entsetzen. Für diesen kostspieligen Fehler sei Winston Churchill verantwortlich. Das Blatt tadelt die Entsendung englischer Hilfstruppen in dem Augenblick, wo es für die belgische Armee der richtige Kurs gewesen wäre, sich auf eine sichere Stellung zurückzuziehen. Als die Engländer mit wenigem schweren Geschütz in die Stadt geworfen wurden, sagt das Blatt, war bereits Bresche in den äußeren Sektor der Befestigungen gelegt, die Stadt lag wehrlos den schweren Haubitzen ausgeliefert und die rückwärtigen Verbindungen waren ernstlich gefährdet. Die belgische Armee hätte Antwerpen mehrere Tage vorher in Sicherheit verlassen können, als der Rückzug noch kein so verzweifeltes Glücksspiel war. Den Bürgern Antwerpens konnte die Beschießung erspart werden. Die Anwesenheit der britischen Truppen erschwerte und verzögerte den bereits zu lange hinausgeschobenen Rückzug. Wir haben Grund zu der Besorgnis, daß die britischen Verluste beträchtlich größer sind, als der Staatssekretär zuzugeben bereit ist. Aber selbst der zugestandene Verlust ist ernst genug, wenn man berücksichtigt, daß der Gegner keinen dementsprechenden Verlust gehabt hat, und daß der Verlust der Anwendung eines gänzlich falschen Operationsplanes entsprang. Es ist nicht angängig, daß Churchill seine Stellung dazu benutzt, seine taktischen und strategischen Launen Fachmännern aufzudrängen, die durch die natürliche Schwierigkeit der Lage hinreichend bedrängt sind. Wir erfahren, daß Churchill im letzten Monat einmal im britischen Hauptquartier in Frankreich, einmal in Dünkirchen und einmal in Antwerpen war. Diese Zersplitterung seiner Tätigkeit auf Gebieten, die ihn nicht eigentlich angehen, können nicht die regelmäßige Tätigkeit und Leistungsfähigkeit seines Ministeriums fördern. Sein Platz ist Tag und Nacht in der Admiralität. Wir schlagen vor, daß Churchills Kollegen dem Ersten Lord ganz bestimmt und endgültig erklären, daß die militärischen und maritimen Operationen unter keinen Umständen von ihm geleitet werden dürfen.

Kriegsbekanntmachungen.

Eine Warnung.

Amtlich. Berlin, 15. Oktober. (W. T. B.) Vor Uebersendung von Zündhölzern und gefüllten Taschenfeuerzeugen in Paketen an die Feldtruppen wird dringend gewarnt, da mehrmals durch Selbstentzündung Schaden entstanden ist.

Die Gefangenen in England.

Amtlich. Berlin, 15. Oktober. (W. T. B.) Nach einer Mitteilung der hiesigen Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika ist die Adresse der Nachrichtenstelle für Kriegsgefangene (the prisoners of war information bureau) in London, 49 Wellington Street, Strand. An diese Adresse können Briefe für deutsche Kriegsgefangene in England gesandt werden.

Höchstpreise für Lebensmittel.

Von überall her kommen die Klagen, daß ganz plötzlich die Kartoffelpreise heraufgetrieben werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Grund dafür in einer künstlichen Zurückhaltung zu suchen ist. Die Ernte ist so, daß — bei einer richtigen Ausnutzung der Kartoffeln für die Ernährung der Menschen — an einen wirklichen Mangel nicht gedacht werden kann. Tatsächlich sind uns in einzelnen Fällen denn auch ganz genaue Angaben über die Zurückhaltung der eingeernteten Kartoffeln durch große Gutsbesitzer gemacht worden. Ein so genauer Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse wie der bayerische Zentrumsabgeordnete Dr. Heim, der Führer der bayerischen Bauerngenossenschaften, hat in einem Zeitungsartikel betont, bei richtiger Ausnutzung der Kartoffelernte sei schon ein Preis von 3 Mark viel zu hoch; es müsse möglich sein, die Kartoffeln für 2,20 M. für den Zentner abzugeben.

Sieht man aber die tatsächlich geforderten Preise an, so übersteigen sie schon nicht selten das Doppelte. Es ist also dringend nötig, daß Maßnahmen getroffen werden, um diesen ganz ungerechtfertigten Preistreibereien entgegenzuwirken. Erfreulicherweise haben denn auch bereits einige Gemeinden Höchstpreise festgesetzt. Freilich, nicht immer mit genügender Berücksichtigung der Konsumenteninteressen. Es ist zweifellos zu hoch gegriffen, wenn z. B. der hannoversche Magistrat die Höchstpreise auf 5 Pf. für das Pfund und 4 M. für den Zentner festgesetzt hat. Zwar wird in der Bekanntmachung ausdrücklich betont, diese Preise dürften nur für erste Qualitäten gefordert werden; aber es ist zu befürchten, daß sie bald allgemein gefordert werden; überdies scheinen sie auch für die besten Sorten reichlich hoch bemessen.

Eher erscheint es schon angemessen, wenn z. B. der Oberbürgermeister von Gießen für gute Speisekartoffeln einen Höchstpreis von 3 Pf. für das Pfund bestimmte. Diese Preisfestsetzung hatte allerdings zur Folge, daß die auf dem Markt erschienenen Händler sich zum Teil weigerten, ihre Ware zu verkaufen. Sie hielten ihre Säcke zugebunden und erklärten, sie hätten die Kartoffeln schon im ganzen verkauft. Aber die Behörden ließen sich nicht irreführen. Sie stellten die Unrichtigkeit dieser Angaben fest und ließen durch die Polizei die Säcke wieder aufbinden und die Kartoffeln zum festgesetzten Höchstpreise verkaufen, um dann den Händlern den Erlös einzuhändigen.

In Büdingen sind die Behörden noch strenger vorgegangen als in Gießen. Dort hat das Großherzogliche Kreisamt den Höchstpreis für Kartoffeln auf 5,50 M. für den Doppelzentner festgesetzt. Wer Kartoffeln zu höheren Preisen verkauft oder Ware verheimlicht, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 M. oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

Diese letztgenannten Beispiele zeigen also, daß es sehr wohl angeht, durch Zwangsmaßnahmen eine Ueberteuerung der Bevölkerung beim Einkauf ihres wichtigsten Nahrungsmittels zu verhindern. Es ist nur aufs dringendste zu wünschen, daß das Beispiel der hessischen Behörden bald an recht vielen anderen Orten Nachahmung findet. Nötig ist es fast überall sehr! Es kann unmöglich länger geduldet werden, wie hier die Säufer von Kartoffeln zugunsten kleiner Kreise übervorteilt werden.

Es mag bei dieser Gelegenheit interessieren, auch einige Preisfestsetzungen durch Kommunalbehörden zu erfahren. In Hannover ist bestimmt, daß folgende Höchstpreise zu gelten haben: für amerikanisches Schweineschmalz 90 Pf. das Pfund, hiesiges Flomenschmalz 1 M.; Schweinefleisch: Koteletten 1,10 Mark, Schulter 90 Pf., Bauchfleisch 85 Pf., für frischen, durchwachsenen und fetten Speck 85 Pf., geräucherten Speck 1 M., geräucherten durchwachsenen Bauchspeck 1,10 M., gehacktes Fleischch (Mett) 1 M., frische (weiche) Mettwurch 1,15 M., Leberwurst 1 M., Thüringer Rotwurst 1 M., Rotwurst 80 Pf., feinste Tafelbutter 1,55 M., Roggenmehl 20 Pf., Weizenmehl 25 Pf., Speisesalz 11 Pf., gemahlenen Zucker 24 Pf., Brotzucker 25 Pf.

In Büdingen wurden folgende Höchstpreise bestimmt: für das Pfund Schweinefleisch, Kotelettstücke 70 Pf., Bauchfleisch 65 Pf., für Leber- und Blutwurst das Pfund 65 Pf., für Fleischwurst und Schwartemagen 80 Pf.

Die Handelskammer in Hagen i. W. hielt nach einer Meldung der „Köln. Ztg." mit den Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der Kreise Hagen und Schwelm und einer Anzahl Groß- und Kleinhändler eine Besprechung ab über die Beschaffung von Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln und über die Gestaltung der Preise dafür im Groß- und Kleinhandel. Es wurde festgestellt, daß in den meisten Lebensmitteln die Ernte mehr als zufriedenstellend ausgefallen sei, daß aber die vorhandenen Mengen von den Produzenten nicht herausgegeben würden, vermutlich in Erwartung weiterer Preissteigerungen. Die Versammlung war einmütig der Ansicht, daß den Landwirten in der gegenwärtigen Zeit wohl etwas höhere Preise zugestanden werden müßten, daß aber die jetzigen Preise besonders in Hülsenfrüchten einen nicht gerechtfertigten Stand erreicht hätten. Als einziges Mittel zur Abhilfe wurde die Festlegung von Höchstpreisen für Kartoffeln, Roggen, Hafer, Weizen, Gerste und Erbsen angesehen. Die Kammer will dieserhalb durch eine Abordnung bei dem Generalkommando zu Münster vorstellig werden und bei den benachbarten Handelskammern ein ähnliches Vorgehen anregen.

Die „Magdeburgische Zeitung" erfährt zur Frage der Höchstpreise von „beteiligter Seite" folgendes: Da die Mehrzahl der Bundesregierungen sich für Höchstpreise ausgesprochen hat, steht deren Einführung nunmehr in sicherer Aussicht. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß der Bundesrat jedenfalls im Laufe der nächsten Woche eine entsprechende Verordnung erlassen wird. Dabei muß man aber damit rechnen, daß diejenigen Kreise, die in den künftigen Höchstpreisen niedrige Preise erwarten, wahrscheinlich eine Enttäuschung erleben werden. Der Getreidehandel zeigt jahraus jahrein fast ständig Schwankungen. Auf verhältnismäßig niedrige Preise, unmittelbar nach der Ernte, tritt ein Steigen ein während der Herbstbestellung, wo nicht gedroschen wird. Es folgt dann regelmäßig ein Nachlassen der Preise im Winter, bis mit dem Frühjahr durch Abnahme der Bestände wieder ein Anziehen der Preise eintritt. Da Höchstpreise naturgemäß für nur längere Zeitabschnitte erlassen werden müssen, ist es notwendig, alle diese Preisschwankungen auch nach oben in den Höchstpreisen zu berücksichtigen. Hieraus geht hervor, daß es sich bei den Höchstpreisen nicht um „billige Preise" handeln dürfte.

Es muß energisch dagegen Front gemacht werden, wenn besonders in der letzten Mitteilung Stimmung für Höchstpreise zu machen versucht wird, die wesentlich über die sonst üblichen Preise hinausgehen. Die Ernte ist, wie von allen Seiten anerkannt wird, gut, ja, ungewöhnlich gut. Die Einbringung der Ernte ist den Landbesitzern auch nicht teurer gekommen als sonst, eher billiger, weil zuerst vielfach freiwillige, unbezahlte Kräfte mithalfen. Es ist nicht einzusehen, warum die Festsetzung der Höchstpreise den Grundbesitzern einen besonderen Gewinn während des Krieges zuführen soll. Nötig ist vielmehr, das Interesse der verbrauchenden Massen ins Auge zu fassen. Das liegt zugleich im Interesse eines glücklichen Ausgangs, einer gesunden Ueberwindung des Krieges durch unser Volk.

Die „Kreuzzeitung" schreibt, nachdem sie sich für die Festsetzung von Höchstpreisen eingesetzt hat:

„Die Landwirtschaft ist in der Lage und erkennt willig die Verpflichtung an, unserem Volke während der ganzen Dauer des Krieges die nötigen Nahrungsmittel nicht zu Notstands-, sondern zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Hand in Hand mit der Festsetzung der Höchstpreise müssen natürlich Maßnahmen organisatorischer Art gehen, die eine wirtschaftliche Einteilung des vorhandenen Vorrates gewährleisten. Wir können mitteilen, daß maßgebende Vertreter der konservativen Partei und der landwirtschaftlichen Organisationen dauernd und nachdrücklich in diesem Sinne auf die beteiligten Ressorts hinzuwirken suchen."

Es ist sehr erfreulich, daß auch die „Kreuzzeitung" es für nötig hält, daß nicht „Notstandspreise", sondern „angemessene Preise" festgesetzt werden. Um aber diese wirklich zu erhalten, scheint es uns dringend nötig, daß die Behörden bei der Beratung dieser Höchstpreise nicht nur die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen hören, sondern auch Vertreter der Arbeiter und ihrer Organisationen hinzuziehen.

Politische Uebersicht.

Ein Vorstoß gegen die Reichsregierung.

Die „Post" kommt auf die Meldung zu sprechen, daß der deutsche Generalgouverneur in Brüssel die belgischen Kammern eingeladen hat, zu einer Tagung zusammenzutreten, um der provisorischen Regierung des Landes ihre Wünsche erkenntlich zu machen. Das Blatt verurteilt dieses Vorgehen des Generalgouverneurs außerordentlich scharf und führt aus:

„Wie wir bereits in unserer heutigen Morgenausgabe berichteten, hat der Reichskanzler von Bethmann Hollweg sich aus dem Hauptquartier nach Brüssel begeben. Aus diesem Sitz des Generalgouverneurs von Belgien sind allerdings in der letzten Zeit so seltsame Dinge gemeldet worden, daß es uns recht gut erscheint, wenn der höchste Reichsbeamte sich einmal persönlich darum kümmert. Hoffentlich wird die Folge dieses persönlichen Eingreifens eine Aenderung des bisherigen Kurses sein. Sollte diese Hoffnung sich aber nicht verwirklichen, so wüßte die deutsche Oeffentlichkeit wenigstens, daß die Verantwortung für diese Fehler in Brüssel nicht den Generalgouverneur allein treffe. Dies wäre immerhin eine Klärung, die uns wünschenswert erscheint."

Der Schluß des Artikels lautet:

Etwas anderes würde es sein, wenn bei der Anwesenheit des Reichskanzlers endgültig die belgische Sache entschieden würde. Das Land ist von uns im Kriege erobert, sein König ist geflohen, seine Regierung in Feindesland, es ist also jetzt die Zeit gekommen, wo wir als Sieger bestimmen können, was mit dem Lande geschehen soll. Nach unserer Ansicht bedarf man dafür aber auch nicht der Volksvertretung des eroberten Landes, sondern kraft des Kriegsrechts wird verkündet, was der Sieger beschlossen hat. Alles andere könnte nur zu falschen Hoffnungen und recht unerfreulichen Auftritten führen."

Angesichts dieses Vorstoßes der „Post" muß daran erinnert werden, daß die Reichsregierung es ausdrücklich abgelehnt hat, einen Eroberungskrieg zu führen und in dieser Frage der Unterstützung weiter Kreise des deutschen Volkes sicher sein kann. Von den Angriffen der „Post" braucht sie sich also noch lange nicht einschüchtern zu lassen.

Zur Kriegstagung des preußischen Landtags.

Ueber den Verlauf einer Zusammenkunft der Führer der Fraktionen des preußischen Abgeordnetenhauses im Finanzministerium wissen bürgerliche Blätter allerhand zu erzählen. Richtig ist nur, daß eine Sitzung, die einen streng vertraulichen Charakter hatte, stattgefunden hat, an der auch Vertreter der Fraktion der Polen und der Sozialdemokraten teilnahmen. Bindende Beschlüsse aber sind nicht gefaßt worden. Die Fraktionsvertreter haben sich lediglich verpflichtet, die Mitteilungen der Regierung ihren Freunden zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Wenn das geschehen ist, soll eine neue Zusammenkunft stattfinden, in der über die Stellung und die etwaigen Wünsche der Fraktionen berichtet wird. Erst dann wird sich sagen lassen, welchen Verlauf die Kriegssitzung des Hauses nehmen wird.

Uebrigens wäre es interessant, zu erfahren, wie die Mitteilung in die bürgerliche Presse gekommen ist. Die Vertreter der Regierung und der bürgerlichen Parteien haben aus bestimmten Gründen gebeten, strengstes Stillschweigen zu wahren. Hält sich an dieses Schweigegebot etwa nur die Sozialdemokratie gebunden?

•

Ueber die Kriegstagung teilt die „Voss. Ztg." mit, daß der Kredit, den die preußische Staatsregierung vom Landtag zu fordern gedenkt, eine Milliarde Mark erheblich überschreiten werde. Es soll auf allen dazu geeigneten Verwaltungsgebieten, insbesondere der Eisenbahn-, Bau- und Landwirtschaftsverwaltung, Arbeitsgelegenheit geschaffen, auch den Kommunalverbänden Unterstützung gewährt werden. Eine kurze Haushaltsberatung sei vom 9. Februar 1915 ab geplant; bis dahin werde der Landtag voraussichtlich vertagt bleiben. — Wir geben diese Nachricht mit allem Vorbehalt wieder.

Landtagstagung in Reuß j. L.

Der Landtag des Fürstentums Reuß j. L. ist für den 19. Oktober zu einer außerordentlichen Tagung einberufen.

Kein Arbeiter in der Kriegshilfskommission.

In Ostpreußen haben die Beratungen der Kriegshilfskommission begonnen, die in Gemeinschaft mit den Kriegsorganen die Grundsätze für die Verwendung der Staatsmittel, die zur Wiederaufrichtung der Provinz bereitgestellt werden sollen, festzusetzen hat. Es ist selbstverständlich, daß auch die Arbeiter daran das größte Interesse haben, da viele von ihnen durch den Einbruch der Russen schwer geschädigt wurden. In der ersten Sitzung hat der neue Oberpräsident von Ostpreußen, Herr v. Batocki, denn auch als ihr Vorsitzender von dem festen Entschluß gesprochen, unter Zurückstellung aller Unterschiede nach Amt und Beruf, nach Armut und Reichtum, nach Partei und Weltanschauung für das Wohl Ostpreußens einzutreten. Aber gleichwohl ist zu der Kriegshilfskommission nicht ein einziger Vertreter der Arbeiter zugezogen worden. Sie setzt sich zusammen aus Vertretern ostpreußischer Behörden, der Feuersozietäten der Landschaft, der Landwirtschaftskammer, des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft und der Handwerkskammern. Warum hält man die Arbeiter von den Beratungen der Kriegshilfskommission fern?

Der Reichskanzler in Belgien.

Der Reichskanzler hatte sich am Dienstag nach Brüssel begeben. Wie Wolffs Bureau meldet, hielt Herr v. Bethmann Hollweg mit dem Generalgouverneur Freiherrn v. d. Goltz und dem Chef der Zivilverwaltung Exzellenz v. Sandt eine Besprechung ab und begab sich dann nach Antwerpen. Der Reichskanzler wird am Freitag ins Hauptquartier zurückkehren.

Entziehung der Kriegsunterstützung.

Der Landrat des Kreises Rössel in Ostpreußen fordert die Magistrate, Gemeinde- und Gutsvorsteher auf, ihm solche Familien zu nennen, die Kriegsunterstützungen erhalten und sich deshalb weigern, „geregelter Arbeit" nachzugehen. Der Landrat droht, diesen Familien die Kriegsunterstützung zu entziehen.

Dazu scheint der Landrat nicht berechtigt. Nach dem Gesetz muß jede Familie „im Falle ihrer Bedürftigkeit" Kriegsunterstützung erhalten, wenn ihr Ernährer im Felde steht. Da diese keine Armenunterstützung ist, so kann die Familie zur Arbeit nicht gezwungen werden. Es wird sich meist um Frauen handeln, von denen jetzt die Verrichtung von Landarbeit verlangt wird. Diese kann aber von vielen Frauen nicht geleistet werden.

Landsturmleute als Landarbeiter.

Das Generalkommando des I. Armeekorps (Ostpreußen) hat einen neuen Weg zur Beschaffung landwirtschaftlicher Arbeiter gefunden. Nach einer Anordnung des Kommandos werden nämlich die Landsturmpflichtigen, die zur Einstellung in die Truppe untauglich sind, nicht entlassen, sondern zu landwirtschaftlichen und unter Umständen auch anderen Arbeiten zur Verfügung gestellt. Die Ueberweisung solcher Landsturmleute erfolgt auf Grund besonderer Anträge, doch muß der Antragsteller sich verpflichten, diesen Hilfsarbeitern außer Kost und Wohnung auch einen angemessenen Tagelohn zu gewähren. Auf letzteren ist indessen, wie die „Nordd. Allg. Zeitung" mitteilt, von den Landsturmleuten im Hinblick auf die große Not in Ostpreußen bisher allgemein verzichtet worden.

Die Maßnahme des Generalkommandos könnte vielleicht dort zu Bedenken Anlaß geben, wo die nichtwehrfähigen zwangsweisen Landarbeiter durch ihre Zuweisung um eine andere Beschäftigung gebracht werden und die Möglichkeit besteht, Arbeitslose heranzuschaffen. Daß die Militärbehörden sich um die Einbringung der Kartoffelernte bemühen, liegt im übrigen wohl im Interesse der Volksernährung.

Keine Kriegstagung des sächsischen Landtages.

Die sächsische Regierung hat das Ersuchen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, den Landtag zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen, abermals abgelehnt. Das Verlangen nach einer Kriegstagung des Landtags war begründet worden mit der Notwendigkeit der Beschaffung von weiteren Mitteln zur Kriegshilfe, einer einheitlichen Regelung der Hilfsmaßnahmen, ferner mit der Dringlichkeit der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln und der Notwendigkeit, den Lebensmittelwucher zu verhindern. Die Regierung beharrt bei ihrer Absicht, den Landtag erst im Januar zu einer kurzen Session einzuberufen.

Die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin.

Das Ministerium des großherzoglichen Hauses in Schwerin teilt nach einer Meldung der „Münch. Neuesten Nachrichten" mit, daß die Nachricht, die Großherzogin-Mutter Anastasia von Mecklenburg habe aus Parteinahme für Rußland, das Land ihrer Herkunft, wieder ihren Mädchennamen angenommen, unzutreffend sei.

Der Prozeß Princip.

Sarajewo, 15. Oktober. (W. T. B.) Bei der Fortsetzung des Verhörs schilderte der Angeklagte Princip eingehend das Zusammentreffen der Verschwörer in Tuzla zur Entgegennahme der Bomben und Waffen von Jovanowitsch. Am Tage des Attentats verteilte Ilitsch in seiner Wohnung in Sarajewo die Bomben und Waffen unter die Verschwörer. Als Princip nach der ersten Bombenexplosion die Verhaftung von Cabrinovitsch sah, wollte er erst ihn und dann sich selbst umbringen. Das Menschengedränge verhinderte ihn jedoch daran. Als er sah, daß das Attentat mißlungen sei, wartete er die Rückkehr des Thronfolgers aus dem Rathause ab und gab, als das Automobil in die Franz-Joseph-Gasse einbog, aus unmittelbarer Nähe zwei Schüsse ab, um den Erzherzog zu töten. Princip gibt seine Beziehungen mit der Narodna Obrana in Belgrad zu.

Der nächste Angeklagte Grabez bekennt sich zu radikalnationalistischen Ideen und bezeichnet die Vereinigung der südslawischen Länder unter serbischer Vorherrschaft und die Losreißung Bosniens von der Monarchie durch Krieg oder Revolution als sein Ideal. Den Erzherzog-Thronfolger haßte er, weil er nach Ansicht der Belgrader Kreise der Vereinigung aller Serben im Wege stand. Von einem Attentat hat Grabez zuerst mit Princip gesprochen, später auch mit Cabrinovitsch. Ueber die Lieferung von Bomben und Waffen durch Ciganovitsch und Major Tankosisch sagt Angeklagter übereinstimmend mit Princip aus, nach seiner Ansicht ist Ciganovitsch der Hauptschuldige. Nach dem Attentat wollte Grabez entfliehen, wurde jedoch auf dem Wege nach Visegrad verhaftet. Er habe die feste Absicht gehabt, den Thronfolger zu töten; sein Motiv sei einzig und allein die großserbische Idee gewesen, deren Verwirklichung nach seinen in Belgrad gewonnenen Anschauungen der Erzherzog im Wege gestanden habe. Der Führer des ganzen Unternehmens sei Princip gewesen.

Während die bisher vernommenen Verschwörer ihren früheren prinzipiellen Standpunkt beibehielten, bot der ehemalige Dorfschullehrer und spätere Bankbeamte und Journalist Ilitsch ein klägliches Bild. Er versuchte, seine in der Voruntersuchung gemachten positiven Angaben abzuschwächen und antwortete, wenn man ihm seine Widersprüche vorhielt, mit stereotypem: „Ich weiß nicht". Er ist im besonderen beschuldigt, die Waffen und Bomben nach Sarajewo gebracht und in seiner Wohnung verborgen und sie am Tage vor dem Attentat an die Verschwörer verteilt zu haben. Er redet sich damit aus, daß er geglaubt habe, die Verschwörer würden von ihrem Plane abstehen, gesteht jedoch ein, die von ihm persönlich angeworbenen Verschwörer Gjukitsch und Popovitsch im Gebrauche der Bomben unterwiesen zu haben. Der Angeklagte Vaso Oubrilovitsch gesteht die Absicht zur Tötung des Erzherzogs ein und gibt als Motiv an, daß man in Serbenkreisen den Erzherzog für einen Serbenfeind gehalten habe.

Ein politisches Attentat.

Bukarest, 15. Oktober. (W. T. B.) (Meldung der Rumänischen Telegraphenagentur.) Als die Brüder Buxton mit einem Sohne Geschows im Automobil zur Teilnahme an dem Leichenzuge für König Carol ausfuhren, feuerte ein junger Türke, namens Paschil Hassan, der von Saloniki gekommen war und einen am 26. September in Konstantinopel visierten Paß besaß, vier Revolverschüsse auf sie ab.

Die Schüsse wurden aus nächster Nähe vom Trittbrett des Autos abgegeben. Der eine der Brüder Buxton erhielt zwei Schüsse in die linke Brustseite, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der andere Bruder ist durch einen Schuß in die Kinnlade schwer verletzt und Geschow hat eine leichte Kopfwunde. Allen dreien wurde in dem Hotel, vor welchem das Attentat stattfand, die erste Hilfe zu teil. Der Täter wurde von dem Chauffeur zu Boden geschlagen und dann verhaftet.

Die Brüder Buxton sind die Vorsitzenden des bekannten englischen Balkankomitees, dessen türkenfeindliche Stellungnahme vom letzten Balkankriege her bekannt ist. Sie waren jetzt auf einer Reise durch die Balkanländer begriffen, um für die Tripelentente Stimmung zu machen. Geschow ist der Sohn des früheren bulgarischen Ministerpräsidenten.

Letzte Nachrichten.

Die Unterwerfung Nord-Belgiens.

Amsterdam, 15. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Das französische Communique meldet, daß Ypern von den Alliierten besetzt worden sei.

Wie das „Handelsblad" berichtet, gehen die deutschen Streitkräfte an der flandrischen Küste vor. Auf der Kortreiker Chaussee feuerte eine Mitrailleuse. Beim Herannahen der Deutschen mußten die Belgier ihr Feuern einstellen und flohen überhastet nach Ostende. In Sifferle entließ General de Kloot die noch 5000 Mann starke Bürgergarde. Er hielt an sie eine Ansprache, indem er sie aufforderte, entweder ihre Pflicht außerhalb Belgiens zu tun oder nicht mehr zu fechten. Dann sollten sie sich Zivilkleider kaufen und in ihre Heimat zurückkehren.

Starke deutsche Abteilungen durchstreifen Nordbelgien, ohne irgendwo auf Widerstand zu stoßen. Im weiteren Vorrücken kamen sie bis nach Seebrügge. Bei Sluis traten viele belgische Soldaten über. Tausende von Flüchtlingen kommen noch täglich in Holland an. So beherbergt Amersfort allein 17 000 Flüchtlinge, außerdem sind dort zwei Generale und ein ganzes Grenadier-Regiment nebst Stab und Musik interniert.

Beim Bombardement von Lille wurde das Bahnhofsviertel bis zur Kirche Saint Maurice schwer beschädigt. Die Feuerwehr von Roubaix und Tourcoing ist mit den Lösch- und Aufräumungsarbeiten beschäftigt, wobei sie von deutschen Truppen unterstützt wird.

Das „Handelsblad" verweist in einem Artikel die englische Regierung auf einen Artikel der „Saturday Review", deren militärischer Mitarbeiter fordert, daß England Seeland kaufen oder pachten solle, um es an Belgien abzutreten. Es sei besser, entstehenden diplomatischen Schwierigkeiten zuvorzukommen und während des Krieges zu kaufen. Deutschland und Oesterreich hätten auch die türkische Allianz gekauft. Im Kriege gelte das Recht des Stärkeren und rechtfertige sich, um England gegen neue Kriegsmittel der Unterseemarine und der Luft zu sichern. Der Kauf würde England die Kosten von einer oder zwei Flotten und viele Sorgen ersparen.

Das „Handelsblad" protestiert gegen solche beleidigende Sprache und fordert die britische Regierung auf, ebenso wie die holländische für den Respekt der Neutralität auch in der Presse Sorge zu tragen.

Einschiffung der belgischen Armeereste.

Amsterdam, 15. Oktober. (W. T. B.) Der „Rotterdamsche Courant" meldet aus Aardenburg: Nach Berichten von Flüchtlingen aus Ostende ist die belgische Armee eingeschifft worden. Privatpersonen wurde die Ueberfahrt verweigert.

Strandung eines schwedischen Kriegsschiffes.

Stockholm, 15. Oktober. (W. T. B.) Der Oberstkommandierende der schwedischen Küstenflotte meldet dem Marineministerium, das Panzerschiff Oskar II. sei in den inneren Schären bei Stockholm auf Grund gestoßen. Der Grund sei nicht gefährlich, Bergungsmaterial sei abgesandt.

Theater.

Theater für Freitag, 16. Oktober:

Deutsches Künstler-Th.
8 Uhr: **Gewonnene Herzen**

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
8 Uhr: **Die Marketenderin**

Deutsches Theater
7½ U.: **Der Kaufmann von Venedig**

Kammerspiele
8 Uhr: **Gespenster.**

Gebr. Herrnfeld-Theater
8 Uhr: **Er kommt wieder.** Zwei leuchtende Punkte. Ende gut – alles gut!

Kleines Theater.
8 Uhr: **Der Hexenkessel.** Gastspiel Harry Walden.

Komödienhaus
8 Uhr: **Das Heiratsnest.**

Lessing-Theater
8 Uhr: **Mein Leopold.**

Luisen-Theater
8¼ U.: Der heilige Krieg. — Kurmärker und Pikarde.
Sonntag 3½ U.: Minna von Barnhelm.

Lustspielhaus
8¼ U.: **Graf Pepi.**

Residenz-Theater
8 Uhr: **Krümel vor Paris.**

Rose-Theater
8 Uhr: **Die Waffen her!**

Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Johannisfeuer.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Mein erlauchter Ahnherr**

Thalia-Theater
8 Uhr: **Kam'rad Männe.**

Theater am Nollendorfpl.
8 Uhr: **Immer feste druff!**
Sonntag 3½ Uhr: Immer feste druff!

Volksbühne (Montis Operettenth.)
8¼ U.: **Minna von Barnhelm.**

Walhalla-Theater
8¼ U.: **Berlin im Felde.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Täglich: 111/17
Unsere Feldgrauen!
Zeitbild mit Musik in 3 Akten.

URANIA Taubenstr. 48/49.
4 Uhr:
Das belgische Land.
Lüttich-Namur-Brüssel-Antwerpen.
(Halbe Preise.)
8 Uhr:
Die Weichsel u. d. masurisch. Seen.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Heute Freitag, den 16. Oktober:
Der Soldatenfreund
Volksstück in 5 Akten von G. v. Moser und Otto Girndt.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.

Casino-Theater.
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr. Kriegsbilder — Spezialitätenteil usw. Z. Schluß das neue Kriegs-Volksstück: **„Mein Leben dem Vaterland".** Loge 1,25, Sessel 1,10, Parkett 80 Pf. Rang 50, Stehl 30. Sonnt. 11. Ausschl. Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 4 Uhr: **Kriegers Heimkehr.**

~~Theater Folies Caprice~~
8¼ *Posen-Theater* 6¼
Täglich:
Blinkfeuer. Landwehrleute. Fest steht und treu . . .
Leonard Haskel, Martin Hettner a. G.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Grandioses Programm!
Anfang 8 Uhr.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor).
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage) Blutuntersuchung, Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
Spr. 11—2 u. 5—8, Sonnt. 9—11.

:: Erstklassige Briketts ::
Michel
M. 8.50 f. 1000 Stück, Riesenformat 7, Halbsteine 85 Pf. für 1 Zentner, feinst. Brennholz billigst.
Michel-Brikett-Vertrieb
Neukölln,
Kneseberkstr. 148.
Telephone: 1610 u. 2133.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 5. Oktober bei den Kämpfen im Osten, der Klempner

Gustav Kussin

Cadiner Straße 7 (Bezirk 333).

Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

In den Kämpfen im Osten 203/17

Paul Matthes.

In den Kämpfen im Westen

Richard Kleinert.

Sozialdemokratischer Wahlverein Köpenick.

Auf dem Felde der Ehre starb am 26. September den Heldentod für Kaiser und Reich bei den Kämpfen in Rußland mein innigstgeliebter Mann, unser einziger Sohn, Bruder und Schwiegersohn, der Zigarrenhändler Kaufmann

Albert Lang

Rüdersdorfer Straße 29.

In tiefem Schmerz: 11/16
Gertrud Lang als Frau; **Otto Segall** und Frau; Familie **Lang,** München.
Beileidsbesuche dankend verbeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler

Max Gräff

Adalbertstr. 21
am 13. Oktober an Herzleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Gürtler

Richard Knolleisen

Grüner Weg 80
am 14. Oktober an Herzleiden.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Markus-Gemeinde in Wilhelmsberg aus statt.

Freiwillig schied aus dem Leben unser Mitglied, der Kernmacher

Otto Henschke

Tegel, Egelstr. 38.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Tegel aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Mechaniker

Matth. Netzker

Veteranenstr. 23
an Blinddarmleiden.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes in Niederschönhausen-Nordend aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Hilfsmonteur

Willi Beckmann

Lichtenberg, Türschmidtstr. 43, an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Lichtenberg, Lückstraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

126/5 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der frühere Steinmetz

Heinrich Brandt

Große Frankfurter Str. 122
von langen, schweren Leiden im Alter von 31 Jahren erlöst ist.

In tiefer Trauer bittet um stille Teilnahme

Marie Brandt
geb. Ludwig
und Tochter.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofes, Wilhelmsberg, aus statt. 111/19

Danksagung.

Allen Verwandten und Freunden sowie den Kollegen und Kolleginnen der Firma Zwietusch u. Co. und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband meinen **innigsten Dank.**

Witwe Gertrud Koplin.

Fern von der Heimat auf dem Schlachtfelde im Westen ist unser herzensguter Sohn, Bruder, Gatte, Vater und Schwager, der Werkzeugdreher 11

Richard Scharff

im Alter von 28 Jahren in der Nacht zum 2. Oktober gefallen.

Ruhe sanft in fremder Erde!

Dies zeigen in tiefer Trauer an

Die tiefbetrübten Eltern, Geschwister, Frau und Kinder.

Allen Freunden und Bekannten teilen wir hierdurch mit, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Konrad Diermann

am 4. Oktober in Frankreich gefallen ist. 138R

Dies zeigen tiefbetrübt an

Wwe. Diermann u. Angehörige.
Halle a. S. und Berlin.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 20. Oktober, abends 8½ Uhr, in den Festsälen von Obiglo, Koppenstr. 29:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
Die sozialen Aufgaben während des Krieges. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Otto Büchner.**

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin (Zentrale II)

Am Montag verstarb plötzlich und unerwartet unser Kollege

Karl Ziem

(früher O.-K.-K. der Schlächter).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban nach dem Jakobi-Kirchhof, Neukölln, Hermannstraße, statt. 244b

Rege Beteiligung erwünscht

Nachruf.

Im Kampfe gegen Rußland fiel am 5. Oktober unser treuer Kollege und lieber Freund, der Drechsler 134R

Otto Kemnitz.

Seine Aufrichtigkeit sichert ihm ein dauerndes Andenken.

Die Kollegen der Firma Einhorn u. Damcke,
Lüttter Str. 70.

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein für Bau- und gewerbliche Arbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 10½ Uhr, findet die

General-Versammlung

Dresdenerstr. 45 im Lokal von **Kopplin** statt. 37/8

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1914.
2. Bericht der Revisoren.
3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wünscht

Der Vorstand.
J. A.: Gadegast, Vors., Soldinerstr. 75, part.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Heute Freitag, den 16. Oktober, abends 8¼ Uhr, bei Obiglo (früher Kellers Festsäle), Koppenstraße 29:

Gemeinsame

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tagesordnung:
1. **Die gegenwärtige Lage in der Holzindustrie.** 2. Verbandsangelegenheiten. 92/14

Es ist Pflicht einer jeden Werkstatt, in der noch gearbeitet, daß ein Vertrauensmann entsendet wird. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83—85.

Telephon: Amt Norden 183, 1239, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 9½ Uhr, im Lokal von **Riedel, Hussitenstr. 40:**

Gruppenversammlung der Werkzeugschleifer

Tagesordnung:
1. Werkstellenbesprechung. 2. Gruppenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingte Pflicht.

126/4 **Die Ortsverwaltung.**

Verkäufe.

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 spottbillig farbenleuchtende Teppiche, Gardinen. Vorwärtsleserin 5 Prozent Extrarabatt. 108*

Prachtvolle Herrenstoffe. Schnellste Verschleuderung. Lehmann, Kommandantenstraße 67. 111/13*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Heddörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 187 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 3.

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackett-, Rockanzüge, Ulster, Paletots, Serie I: 10—18, Serie II: 20—30 Mark, größtenteils auf Seide. Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Plüschmäntel, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20—35 M. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, Füchsen, früher bis 200, jetzt 20—75 Mark. Große Auswahl in Herren-Gehpelzen, Gelegenheit in Damen-, Reise-, Wagenpelzen. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren, Brillanten, Goldwaren enorm billig nur Moritzplatz 58a I. 88*

Prima Eß-Kartoffeln, 10 Pfund 45, a Zentner 4,35 frei Haus. Zwiebeln, 3 Pfund 25 Pfennig. Weiß-, Rot- und Wirsingkohl, a Kopf 10 und 15 Pf. R. Scholz, Lindenhalle, Stand 497. 242b*

Möbel.

20 Prozent Rabatt während des Krieges auf sämtliche Möbel. Viele gebrauchte Möbel billig. Sofa 36,—, Kleiderschrank 36,—, Tisch 15,—, Bettstelle 28,—. Moderne Arbeitermöbel. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 378*

Prachtvolle Wohnungseinrichtung bildschöne Küche, alles noch neu, zusammen 225. Rosenthalerstraße 57, III bei Glas. Gewerblich. Händler verbeten. 111/6

Marmorwaschtoilette 15,00, Ausziehsofa 30,00, 42,00, Kleiderspinden 22,00, 30,00, 35,00, Kommode 14,00, 22,00, Schreibtisch 28,00, 42,00, englische Bettstellen, moderne Küchenmöbel, Dresdenerstraße 107/108. 308R

Kinderdrahtbett. Joachim, Frankfurterallee 128 III. 111/18

Enorm billiger Möbelnachlaß! Schweres Sägelerbüfett, Wert 300,— für 135,—, Kredenz 100,— für 40,—, Spiegelspind mit Spiegel 25,—, mahagoni Damenschreibtisch nur 30,—, Kleiderschrank, echt, 25,—, Kulissentisch, vier Einlagen, 38,—, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küche mit großer Abwäsche 65,—. Möbelhaus Andreasstraße 30. 298*

Kaufgesuche.

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christianat, Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Manteuffelstraße). 108/1*

Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei, Stanniolpapier, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, Quecksilber, Zahngebisse. „Metallschmelze" Cohn, Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinerstraße 76. 105/1*

Fahrradgesuch. Schrader, Weberstraße 42. 111/5

Fahrradankauf, höchstzahlend, Linienstraße 27. 111/71*

Kaufe Kupfer, Messing, Zink, Blei, Lötzinn, Zinn, Rotguß, Messingspäne, alle Metalle höchstzahlend. Schermer, Langestraße 19. †45*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 448*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 16.

Vermietungen.

Wohnungen.

Charlottenstraße 87, kleine Wohnungen sofort billig. 232b*

Schlafstellen.

2 Schlafstellen sofort Manteuffelstraße 84 III. Schrödter. †6

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Niemetzstraße 10.

Handstrickerin auf Strümpfe sucht Beschäftigung. Schrödter, Manteuffelstraße 84 III. †6

Stellenangebote.

Arbeiterfamilie, vom Lande stammend, welche gute Zeugnisse aus früherer Stellung aufweisen kann, sucht Vorwerk Sied bei Dahme (Mark).

50 Korbmacher (Drillinge) verlangt Stubbenstraße 10 (Laden), Schöneberg, am Bayerischen Platz.

Korbmacher auf Geschoßkörbe verlangt Fechner u. Jung, Kurfürstenstraße 45. †

Tüchtige Monteure für Eisenkonstruktionen sofort gesucht. Pankow, Wollankstraße 32. 241b*

1 Dreher zur Anfertigung und Reparatur von Werkzeugen, sowie Nieter, Nietenwärmer und Vorhälter und Monteure sofort gesucht. A. Druckenmüller, G. m. b. H., Berlin-Tempelhof. 284AR

Für Montage **Hochbrücke** über den **Kaiser-Wilhelm-Kanal** bei **Hochdonn,** tüchtige **Montagearbeiter, Schlosser** und **Nieter** gesucht. 214/6*

Union Dortmund.
Montagemeister Frölke.
Eisenbahnstation: Wilster (Holstein).

Schirrmeister
und **Schmiede** sofort bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung gesucht.
Hammerwerk Niederschönhausen
Buchholzer Str. 58. 221/2

Sofort gesucht **15 Korbmacher** auf Geschoßkörbe „08er" u. Drillinge. Lohn 2,25 M. **Robert Hörnig,** Radebeul b. Dresden, Gartenstr. 8. *

Tüchtige Schlosser
für Schaufensterbau verlangt
Faulhaber, Breslau, Klosterstraße.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir mehrere selbständige, tüchtige
Monteure
für Ortsnetzbau u. Installationen. Angebote mit Zeugnisabschriften, Lohnansprüchen und Eintrittsangabe an 222/1
Rheinische Schuckert-Gesellschaft Mannheim.

Schlosser u. Schmiede
für Eisenkonstruktionen und Fensterbau sofort gesucht. 112/1
P. Hirsch, Lichtenberg, Herzbergstr. 140.

Schmiede, Schirrmeister
sofort gesucht. Meldung zwischen 9 und 10 Uhr.
Panzer A. G., Badstraße 59.

Tüchtige Schweißer und Spleißer
bei hohem Lohn **sofort gesucht.** Bei Anstellung erfolgt Fahrvergütung.
Brandenburgische Flugzeugwerke
Brandenburg a. H., Neuendorfer Straße.

Betriebswerkstätten und selbständige Schneidermeister
welche große Posten Militärhosen und Mäntel nach auswärts liefern können, wollen sich melden. 112/2*
Offerten mit Preise unter J. F. 6410 befördert Rudolf Mosse, Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Karl Kautsky und sein Werk.

Zu seinem 60. Geburtstag am 16. Oktober 1914.

Schwer ist die Zeit und zu froher Feier ist uns nicht zumute. Aber die Worte der Dankbarkeit für den Mann und sein Werk, das der Krieg vielleicht hemmen, vielleicht fördern mag, aber keineswegs vernichten kann, die brauchen wir uns nicht zu versagen. Denn stärker als je vielleicht ist in diesen Tagen das Bedürfnis, der führenden Geister des Sozialismus zu gedenken und Zeugnis abzulegen, daß die großen Ideale, für die sie streiten, lebendig bleiben inmitten des Todes, der durch die Welt schreitet.

Kautskys Arbeit kennt jeder deutsche Sozialdemokrat, denn sie ist Arbeit an ihm selbst, an seiner geistigen Entwickelung gewesen. Hat doch jeder von uns aus den Schriften und Artikeln reiche Belehrung und Anregung geschöpft und selbst wenn es einen Parteigenossen geben könnte, der nie eine Schrift von Kautsky gelesen, aus den Aufsätzen unserer Zeitungen, aus den Reden in unseren Versammlungen sind ihm dann, ohne daß er es wußte, die Auffassungen Kautskys immer wieder entgegengetreten.

Will man die Leistung Kautskys in ihrer ganzen Bedeutung würdigen, so muß man sich in die Zeit zurückversetzen, in der seine Tätigkeit begann. Die große Revolution der Sozialwissenschaft hatten Marx und Engels im wesentlichen bereits vollbracht; in der Agitation Lassalles, in der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation hatte die Marxistische Lehre begonnen, die Politik der Arbeiterklasse nach der kurzen Episode von 1848, in der Marx und Engels selbst unmittelbar politisch wirkten, wieder zu beeinflussen. Aber der Marxismus war noch weit entfernt, die beherrschende Theorie der Arbeiterbewegung zu sein. In Westeuropa war die Arbeiterbewegung von einem unklaren sozialistischen Allerweltssozialismus beherrscht, in dem der Proudhonismus insbesondere bei den romanischen Völkern den stärksten Einfluß ausübte. Aber auch in Deutschland waren die marxistischen Grundsätze kaum einem kleinen Teil führender Genossen in Fleisch und Blut übergegangen.

Erst allmählich wurden die Verhältnisse zunächst in Deutschland günstiger. Der Streit zwischen Lassalleanern und Eisenachern steigerte den Drang nach theoretischer Klärung und Selbstbesinnung, der noch stärker werden mußte, da das selbstherrliche Regime Bismarcks der unmittelbaren praktisch-politischen und bald auch der gewerkschaftlichen Betätigung enge Schranken zog. Das Ausnahmegesetz mußte vollends gerade in den begabtesten und eifrigsten Arbeitern, denen jede andere Wirkungsmöglichkeit beschnitten war, das Bedürfnis zur Selbstverständigung, zum theoretischen Studium wecken. Und diesem Bedürfnis wurde bald Befriedigung. Anfang 1877 begann Friedrich Engels im Leipziger „Vorwärts“ jene Artikelserie, die dann später unter dem Titel „Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ als Buch erschien. Der Einfluß des Buches war bedeutend. Zum erstenmal wurden hier die Marxschen Gedanken in einer Form vorgetragen, die dem Verständnis viel mehr entgegenkamen als die bisherigen Marxschen Schriften, und die scharf polemische Form lenkte die Aufmerksamkeit gerade auf die entscheidenden Punkte, in denen sich der Marxismus von allem anderen Sozialisus unterschied. Unter denen, auf die die Schrift die stärkste Wirkung ausübte, war auch der junge Kautsky.

Kautsky war am 16. Oktober 1854 in Prag als der Sohn eines tschechischen Malers und einer deutschen Schauspielerin und Dichterin geboren. Tschechisch erzogen, blieb er auch noch in der Schule in Wien ein begeisterter Tschechischnationaler. Aber die Ereignisse von 1871, der Heldenkampf der Kommune weckte in ihm den Sinn für die Bedeutung der sozialen Kämpfe. Er wendete sich dem Studium des französischen Sozialismus zu, wurde Mitte der siebziger Jahre Mitarbeiter an sozialistischen Zeitungen und veröffentlichte seine erste größere Arbeit über den Einfluß der Volksvermehrung auf den Gang der menschlichen Geschichte, eine Arbeit, charakteristisch für die Verbindung von naturwissenschaftlichen und historischen Interessen, die Kautsky stets ausgezeichnet hat, eine Schrift aber auch, die in ihren Grundgedanken weit mehr von Malthus und Darwin, als von Marx beeinflußt ist. Erst in den nächsten Jahren und unter dem Eindruck der Engelsschen Schrift rang sich Kautsky, wie er selbst einmal gesagt hat, „von dem damals noch allgemein verbreiteten eklektischen Sozialismus, einer Mischung Lassalleschen, Rodbertusschen, Langeschen und Dühringschen Elemente mit Marxschen zum konsequenten Marxismus durch“ und wurde 1879 Mitarbeiter des Züricher „Sozialdemokrat“.

Sein eigentliches Tätigkeitsfeld fand aber Kautsky, als er 1883 seinen Plan, eine wissenschaftliche Zeitschrift des Marxismus zu schaffen, verwirklichen konnte und die „Neue Zeit“ unter seiner Leitung gegründet wurde, die zuerst Monatsschrift, 1890, nach dem Fall des Ausnahmegesetzes, Wochenschrift wurde. In unermüdlicher Arbeit hat Kautsky die „Neue Zeit“ zu einem Organ gestaltet, in dem alle Fragen sozialistischer Theorie und Politik in scharfer Diskussion ihre Erörterung und Klärung erfuhren. Die „Neue Zeit“ wurde zur Stätte, in der die inneren Parteifragen offen und rücksichtslos diskutiert wurden und so die notwendige Anteilnahme und Mitarbeit aller Parteigenossen an der Entwickelung der Parteitaktik erzeugt wurde. Die führenden Genossen Deutschlands und des Auslandes, an ihrer Spitze Engels und Bebel, mit denen Kautsky innige Freundschaft verband, arbeiteten ständig mit und sicherten der „Neuen Zeit“ bald die unbestrittene Führerschaft unter den sozialistischen Zeitschriften.

Und immer fruchtbarer und einflußreicher gestaltete sich diese Arbeit. In der ersten Zeit überwiegen die notwendigen Abwehrkämpfe gegen allerhand Konfusion, die immer wieder ihre Allheilmittel der Arbeiterbewegung anpries, und gegen die Unklarheit in den eigenen Reihen. Aber die Mühe war nicht vergeblich und sie konnte schließlich den vollen Triumph verzeichnen: In einer Reihe glänzender Artikel, die auch heute noch des Studiums wert sind, hatte Kautsky die vorbereitende Arbeit für das neue Programm geleistet, das sich die Sozialdemokratie nach dem Fall des Ausnahmegesetzes geben mußte und er hatte die Genugtuung, daß der Parteitag von Erfurt seinen Entwurf, der in klarster Weise die marxistische Theorie zur Grundlage eines politischen Programms machte, annahm und seinem Verfasser damit ein unvergängliches Denkmal setzte.

Durch seine Arbeiten in der „Neuen Zeit“ hat Kautsky auch fortdauernd die Taktik unserer Partei entscheidend beeinflußt. Die Taktik der deutschen Sozialdemokratie ist nicht das Werk einzelner Männer; sie ist durch die Gesamtheit der Genossen aus den politischen und sozialen Verhältnissen Deutschlands in mühsam aufbauender, schrittweiser Tätigkeit herausgearbeitet worden. Aber nach Engels und Bebel verdanken wir vor allem Kautskys Fähigkeit, in dem Wirrsal der Tagesereignisse die bleibenden Züge der Entwickelung zu erkennen, die prinzipielle Klarheit und Festigkeit, die wir als Grundlage unserer Taktik stets gefordert haben.

Dieses Wächteramts hat Kautsky nie treuer gewaltet, als seitdem 1895 der Tod die Internationale ihres großen Führers beraubte. Die Aufgabe, die Friedrich Engels erfüllt hatte, war soweit sie ein anderer Einzelner erfüllen konnte, vor allem Karl Kautsky zugefallen. Den hohen Anforderungen, die an ihn gestellt wurden, hat Kautsky entsprochen. Als Ende der 90er Jahre jene „Krise des Marxismus“ ausbrach, an die unsere Gegner so viele falsche Hoffnungen geknüpft hatten, da wurde die „Neue Zeit“ mehr noch als je zum Organ des Kampfes gegen den theoretischen Eklektizismus und praktischen Opportunismus, der begünstigt durch die momentane politische und soziale Situation, siegessicherer als sonst auftrat. Damals führte Kautsky in einer Reihe glänzender Abhandlungen die Sache des wissenschaftlichen Sozialismus, erwies die Haltlosigkeit der theoretischen Einwendungen gegen die Geschichtsauffassung und die Oekonomie des Marxismus, kennzeichnete die Gefährlichkeit der Kompromißpolitik und des Ministerialismus und erlebte auch hier die Genugtuung, daß die geschichtliche Entwickelung, die „beste Marxistin“, ihm schließlich glänzend Recht gegeben hat.

In diesen Kämpfen wuchs mit dem Wachstum der deutschen Partei zugleich der Einfluß der „Neuen Zeit“ und Kautskys selbst auf die Internationale und das Wort des Theoretikers der deutschen Sozialdemokratie fand auch bei allen anderen Parteien immer mehr Beachtung. Wenn heute der Marxismus zur alleinherrschenden Theorie der sozialistischen Arbeiterbewegung aller Länder geworden ist, so ist dies, soweit es überhaupt Verdienst eines einzelnen sein kann, vor allem die Frucht der Arbeit Kautskys.

Aber die Arbeit an der „Neuen Zeit“ ist ja nur ein Teil der großen Lebensarbeit dieses Mannes. Neben seinen zahllosen Artikeln stehen seine Bücher, die nicht minder zum Verständnis und zur Verbreitung der marxistischen Methode beigetragen haben. Da ist die glückliche Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung in seinen historischen Werken, dem „Thomas Morus“, den „Klassengegensätzen in Frankreich“, der „Geschichte des Christentums“. Da ist die Schrift über „Karl Marx' ökonomische Lehren“, die die unerläßliche Einführung in das Studium des „Kapitals“ bildet, wie seine „Erläuterungen zum Erfurter Programm“ die beste Einführung in die sozialistische Politik darstellen. Und neben den vielen kleineren Schriften über Parlamentarismus Kolonialpolitik, Handelspolitik, internationale Arbeiterschutzgesetzgebung steht der „Weg zur Macht“ mit seinen prophetischen Voraussagungen und das große Werk über die Agrarfrage, die ein von Marx unvollendet gelassenes Gebiet der Oekonomie für den Marxismus zu erobern sucht.

Unermüdliche Arbeit hat Kautsky so geleistet mit einer seltenen Treue und Hingebung und ist der Wahrer und Mehrer der Marxschen Lehre geworden. Persönlich von einer merkwürdigen Anspruchslosigkeit und Bescheidenheit hat er, entrückt dem Tageskampfe und doch mit leidenschaftlicher Teilnahme ihn verfolgend, das zurückgezogene Leben des Gelehrten geführt. Und doch können nicht viele Männer sich rühmen, größeren Einfluß auf das politische Leben genommen zu haben, als Karl Kautsky, der nur selten öffentlich gesprochen und kaum je seinen Stimmzettel in die Urne geworfen hat. Aber die Reden von Tausenden hat er bestimmt und die Stimmzettel von Millionen sind nach seiner Lehre abgegeben worden. Denn groß ist die Macht der Theorie, wenn sie die Massen ergreift. Und Karl Kautsky ist es gegeben, ein Lehrer der Massen zu sein. Durch ihn, der in selten klarer Weise die schwierigsten Gedankengänge zu veranschaulichen, die kompliziertesten Probleme durchsichtig zu machen versteht, haben fast alle, die heute für den Sozialismus kämpfen, den Weg zur Erkenntnis gefunden.

Alles hat Kautsky in völliger Selbstverleugnung in den Dienst dieser Aufklärungsarbeit gestellt. Seine Bücher und Schriften beruhen auf großen und ausgebreiteten wissenschaftlichen Studien. Aber stets hat Kautsky es abgelehnt, anders als in populärster Form zu schreiben. Jeder wissenschaftliche Aufwand ist peinlich vermieden, alles, was das Verständnis auch des einfachsten Arbeiters erschweren könnte, fortzulassen, der Stil prunklos, nur nach Klarheit strebend. Keiner wissenschaftlichen Liebhaberei hat Kautsky je nachgegeben. So sehr es ihn gelockt haben mag, an Themen zu gehen, zu der ihn seine Neigungen zogen, er hat jeder Versuchung widerstanden, um einzig und allein den Forderungen des proletarischen Kampfes zu gehorchen. Sein Charakter mußte so fest sein, wie sein Talent groß, um sein Werk möglich zu machen.

Dies danken wir ihm heute in Herzlichkeit mit dem freudigen Bewußtsein, daß seine Kraft noch so groß und frisch ist wie je und uns noch viel erwarten läßt. Wir grüßen in ihm auch das geistige Haupt der Internationale und damit die Hoffnung, daß seine große Autorität uns helfen wird beim Wiederaufbau dessen, was heute zerstört ist. Große und gewaltige Aufgaben stellt uns die furchtbare Zeit. Bei ihrer Bewältigung uns fruchtbare und gute Hilfe noch lange Jahre zu leisten, das ist der Wunsch, den wir Kautsky heute darbringen und wir sind sicher, dem unermüdlichen Helfer und Freunde keinen ihm lieberen wünschen zu können.

Verlegung des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Wie unsere skandinavischen Parteiblätter mitteilen, hat am Sonntag, den 11. Oktober, eine Konferenz der skandinavischen Sozialdemokratie begonnen, die neben dem Ausbau gemeinsamer politischer und gewerkschaftlicher Arbeit innerhalb Skandinaviens auch die Verlegung des Internationalen Bureaus von Brüssel behandelt hat. Die holländische Parteileitung hat zuerst diese Anregung gegeben, da unser Internationales Bureau bei dem Kriegszustande Belgiens natürlich nicht in befriedigender Weise funktionieren kann.

An der Konferenz nahmen die Chefredakteure unserer Hauptparteiblätter der drei Länder, die Parteisekretäre und die Obmänner der Landesverbände der Gewerkschaften teil. Das waren für Schweden: Hjalmar Branting, Fredrik Ström und Herman Lindquist, für Norwegen: Jakob Vidnes, Magnus Nilsen und Ole J. Lian und für Dänemark: F. Bjornbjerg, C. Madsen und Th. Stauning. Ueber die Verlegung wurde beschlossen, daß die Parteien der drei skandinavischen Länder gemeinsam mit der holländischen Partei sofort an die Einberufung einer internationalen Konferenz schreiten sollen, die diese Frage regelt. An der Konferenz sollen natürlich auch die Parteien der kriegführenden Länder beteiligt sein.

* * *

Die Anregung der holländischen sozialdemokratischen Partei wurde auch der deutschen Sozialdemokratie übermittelt. Der Parteivorstand hat dem Vorstand der holländischen Sozialdemokratie bereits mitgeteilt, daß er der Angliederung des Internationalen Sozialistischen Bureaus an das Amsterdamer Parteisekretariat für die Dauer der Kriegszeit zustimmt. Damit erledigt sich auch zunächst die Anregung unserer Schweizer Genossen, die sich in dankenswerter Weise bereit erklärt hatten, die Geschäfte des Internationalen Bureaus zu übernehmen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 51 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

14. Ref.-Div., Stab; 14. Ref.-Inf.-Brig., Stab; 66. und 67. Inf.-Brig., Stab; 1. Garde-Reg.; Garde-Gren.-Regimenter Elisabeth und Augusta; Gren.-Reg. Nr. 1, 2; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 6; Leib-Gren.-Reg. Nr. 8; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 9; Gren.-Reg. Nr. 10; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 10, 11, 17, 18; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 18; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 20; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 22; Inf.-Regimenter Nr. 25, 29; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 33; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 38, 46, 51, 52; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 52; Inf.-Reg. Nr. 53; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 55, 69, 70; Inf.-Reg. Nr. 76; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 76; Inf.-Regimenter Nr. 84, 87; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 87; Inf.-Reg. Nr. 116; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 116; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 118; Königs-Inf.-Reg. Nr. 145; Inf.-Regimenter Nr. 153, 156, 160; Jäger-Bat. Nr. 7.

Ulanen-Reg. Nr. 16.

Feldart.-Reg. Nr. 10.

San.-Komp. Nr. 1 des 9. Armeekorps.

Ref.-Fuhrpark-Kolonne Nr. 25 des 9. Armeekorps; Ref.-Bäckerei-Kolonne Nr. 6 des 4. Ref.-Korps.

* * *

Die Verlustliste Nr. 26 der bayrischen Armee enthält Verluste des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 15 und des 3. Feldartillerie-Regiments.

Die Verlustliste Nr. 30 der sächsischen Armee bringt Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 102, 105, 106 und 139, des Jäger-Bataillons Nr. 13, des Ulanenregiments Nr. 21, des Feldartillerie-Regiments Nr. 12, des Reserve-Feldartillerie-Regiments Nr. 24 und der 2. Sanitäts-Kompagnie des 19. Armeekorps.

Die Verlustliste Nr. 31 der sächsischen Armee enthält Verluste des Stabes der 45. gemischten Ersatz-Brigade, der Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 47, 48 und 88, der Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 102 und 133, der Infanterie-Regimenter Nr. 104 und 107, des Gardereiter-Regiments, des Pionier-Bataillons Nr. 12 und des Ersatz-Bataillons Pionier-Bataillons Nr. 12.

Die Verlustliste Nr. 35 der württembergischen Armee bringt Verluste des Infanterie-Regiments Nr. 125.

Stadtverordnetenversammlung.

30. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Oktober 1914, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr.

In den Ausschuß für die Vorlage betr. die Hergabe des Neubaues der 4. Irrenanstalt in Buch als Lazarett hat die sozialdemokratische Fraktion u. a. Dr. Zadek und Dr. Weyl deputiert.

Nachdem der Anschluß der auf dem Tempelhofer Gebiet errichteten Kaserne der Maschinengewehrabteilung des Augusta-Regiments an die Kanalisation von Berlin und der Abschluß eines bezüglichen Vertrages mit dem Reichsmilitärfiskus genehmigt ist, tritt die Versammlung in die Beratung des bereits vor dem 1. Oktober eingebrachten Antrags der sozialdemokratischen Fraktion (Barkowsky u. Gen.):

Die Versammlung ersucht den Magistrat mit den Behörden in Reich und Staat in Verbindung zu treten, um schleunigst Maßnahmen zu treffen, die den Familien der zum Krieg Einberufenen, den Arbeitslosen und kleinen Gewerbetreibenden, welche durch den Krieg in Not geraten sind, die Wohnungsmöglichkeit sichern."

Inzwischen hat der Magistrat die Errichtung von 10 Mietseinigungsämtern vorgeschlagen. Den Entwurf der Satzung für dieselben haben wir schon am Mittwoch mitgeteilt und besprochen.

Beide Gegenstände werden gemeinsam diskutiert.

Stadtv. **Stadthagen** (Soz.): Ueber den Gegenstand beider Anträge wird materiell wohl unter uns allen Uebereinstimmung vorhanden sein. Beide Anträge berühren die Frage der Unterstützung, der Erfüllung derjenigen Verpflichtungen, welche uns als Lieferungsverband auf Grund des Reichsgesetzes obliegen und die wir über diese Verpflichtungen hinaus als soziale Notwendigkeit empfinden. Als die Kriegsvorlage am 6. August hier eingebracht wurde, hieß es, daß, wenn irgendein Bedürfnis über die „Mindestsätze" hinausgehe, dem entsprochen werden müsse. In der Begründung jener Vorlage wurden die „Mindestsätze" auch als solche zu gering bezeichnet; soweit noch Lücken verbleiben sollten, würde die Gemeinde weiter eintreten müssen. Das war uns aus dem Herzen gesprochen. Als Ziel aller dieser Schritte ist schon in dem Gesetzentwurf von 1850 ausgesprochen, die Familie so zu stellen, als ob ihr der Ernährer nicht genommen wäre. Keinerlei Armenrecht besteht hier; es handelt sich um eine soziale Gesetzgebung, um eine Kriegsverpflichtung. Im Reichstage ist das gleiche ausdrücklich erklärt worden, und unser sehr verehrter Vorsteher hat am 6. August mit anderen Worten ebenso wie der Oberbürgermeister dieselbe Erklärung abgegeben. Tatsächlich kann aber heute leider in der Wohnungsfrage nicht einmal bezüglich der Kriegsteilnehmer behauptet werden, daß alle Not von den einzelnen genommen sei. Einige Unterstützungskommissionen haben ja das ihrige geleistet. (Zurufe: „Benzky!") Beiläufig haben die Familien ein klagbares Recht gegen diejenigen, die die rechtliche Pflicht, die das Gesetz auferlegt hat, nicht erfüllen; entscheidet die Kommission endgültig, so sind nach meiner Ansicht ihre Mitglieder zivilrechtlich verantwortlich. Aber nicht hierauf lege ich den Hauptnachdruck. Die Stadt hat die gesetzliche Mindestsumme um 100 Proz. erhöht und will darüber hinaus das im Falle des Bedürfnisses Notwendige gewähren. Unter die Mindestsumme darf beim Vorhandensein irgendeines Bedürfnisses überhaupt nicht heruntergegangen werden. Damit sollte für die Kriegsteilnehmer die Frage gelöst sein; es muß das Erforderliche gegeben werden, und die Behausung gehört zum Erforderlichen. Aber tatsächlich liegen hier die größten Ungleichheiten vor.

Ein Magistratsschreiben aus dem Anfang Oktober hat den Kommissionen eröffnet, daß eine besondere Mietsbeihilfe von der Unterstützung abgezogen und den Wirten direkt gezahlt werden soll. Das ist ein klarer Rechtsbruch; erfreulicherweise hat eine Anzahl von Bezirksvorstehern da nicht mitgemacht. Die Zahlung darf nicht an die Wirte, sie muß an die Frau gegeben werden! Und sind denn unsere Mindestsätze ausreichend? Wir geben 18 Mk.; viele Gemeinden geben mehr; in Oesterreich ist 30 Mk. der geringste Satz. Nicht die Wohnung, sondern die Ernährung und die Gesundheit stehen in erster Reihe. Der Magistrat hat gar kein Recht, den Kommissionen Direktiven zu geben, die mit den von uns gefaßten Beschlüssen kollidieren. Eine Reihe von Unterstützungen sind bewilligt, aber dann nicht gezahlt worden; am 12. Oktober ist ein neuer Erlaß ergangen, der den Frauen mitteilt, daß unter gewissen Voraussetzungen untersucht werden soll, ob und welcher Teil der Unterstützung zur Mietszahlung zurückzuhalten ist! Exmittiert werden darf die Frau nicht; das steht fest. Es geht aber auch nicht an, daß dem, der draußen im Felde steht, seine Mobilien nachher für die aufgesammte Mietsschuld genommen werden. So geht es eben nicht weiter. Gemeinde, Reich und Staat müssen hier zusammenwirken, um Hilfe zu schaffen. Nicht nur die Hausbesitzer, sondern auch die Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden usw. sind in schwerbedrängter Lage. Die Hausbesitzer können ebensowenig wie diese verlangen, daß sie so gestellt werden, wie wenn der Krieg überhaupt nicht vorhanden wäre: Das Reichsgesetz vom 4. August macht es unmöglich, daß der draußen im Felde Stehende zur Zahlung und Räumung verurteilt werden kann, ebensowenig seine Frau und seine Angehörigen. Andere Länder haben zum Schutze der Mieter Bestimmungen getroffen, die noch viel weiter gehen, so Ungarn. Das Zurückbehaltungsrecht, das Pfändungsrecht des Vermieters müßte bedeutend geändert, wenn nicht aufgehoben werden; dazu müssen wir aber mit dem Reich in Verbindung treten. Die sog. „Berliner Verträge" müßten außer Kraft gesetzt werden und die Bestimmungen des B.G.B. dafür in Geltung treten. Auch das kann die Stadt nicht allein machen. Mietseinigungsämter, die eine wirkliche Bedeutung haben sollen, müßten von Gesetzes wegen oder durch Bundesratsverordnung eingesetzt werden. Die Magistratsvorlage mag das Gute wollen; in der Wirkung kommt sie darauf hinaus, der Absicht der Linderung der Not entgegenzuwirken. Der heutige Zustand ist unerhört; völlige Unklarheit besteht über die Zuständigkeiten. Auf die Grundlage der Vorlage darf man sich unter keinen Umständen stellen; sie ist viel zu bureaukratisch, fällt eventl. dem Richter in die Arme und statuiert eine „Bös-willigkeit" des Schuldners, die nur zu geeignet ist, ihm das Recht zu nehmen, welches der Bundesrat ihm gegeben hat. Nicht daß etwa die Gemeinde nun alle Mieten zahlen soll. Es würde gut sein, wenn die Hausbesitzer sich zusammentäten zu einem Mietsfonds oder zu einer Mietsversicherung, um einen Teil der Ausfälle durch gemeinsame Arbeit ersetzt zu erhalten. Der Vorschlag des „Schutzverbandes der Hausbesitzervereine" in der Haberlandschen Broschüre erscheint mir diskutabel, soweit er dem zweifellos richtigen Gedanken nachgeht, daß der Grundbesitz selbst ein erhebliches Interesse daran hat, hier beizusteuern. Die Gemeinde allein kann das Ziel, den Hausbesitz möglichst von den Folgen des Krieges freizustellen, nicht erreichen. Von den 450 M. der Vorlage als Höchstgrenze für die Zuständigkeit der Einigungsämter kann keine Rede sein (Zustimmung); diese Grenze muß weit höher liegen. Heute steht es faktisch in Berlin schon so, daß vielfach bis zu 2000 M. Miete hinauf das Verhältnis von Miete und Einkommen nicht mehr wie früher 1 : 4, sondern 1 : 2 ist. Von diesen faktischen Dingen hat offenbar der Magistrat wenig Kenntnis; dann aber setzt er sich mit seinem Vorschlag einfach über klare Rechtsbestimmungen hinweg. — Der gegenwärtige Wirrwarr muß ein Ende nehmen. Das Ziel muß sein und bleiben, die Familie des im Krieg Befindlichen nach Möglichkeit so zu stellen, als wenn der Ernährer hier wäre; und dazu muß der Staat mit herangezogen werden, der hat bisher nicht eingegriffen. — Was für die Eingezogenen gilt, gilt ebenso für die Handwerker, die kleinen Gewerbetreibenden, die Arbeitslosen, hier ist das Elend ebenso groß, hier muß geholfen werden und hier kann also auch geholfen werden. Ich hoffe, der Ausschuß wird nach den Prinzipien, denen der Vorsteher und der Oberbürgermeister so beredte Worte geliehen haben, Taten ins Werk setzen, die dem Motto entsprechen: Einer für alle, alle für einen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister **Wermuth**: In dem Ausschusse werden alle vom Vorredner aufgeworfenen Einzelfragen erörtert werden können. Daß die Stadt Berlin sich mit voller Kraft für die Kriegerfamilien einlegt, kann und darf uns niemand bestreiten; wir bringen für diese Fürsorge mehr Opfer als irgendeine andere Kommune. Auch hat der Magistrat rechtzeitig erkannt, wie tief die Mietsfrage in die gesamte Kriegsfürsorge eingreift. Die erste Frucht seiner Verhandlungen darüber ist die neue Verordnung, welche die Fürsorge gerade nach dieser Richtung wesentlich ausdehnt. Von den 64 000 überhaupt unterstützten Familien werden 48 000 auch der neuen Wohltat teilhaftig und das bedeutet eine Besserstellung um jährlich 5 Millionen. Wenn in dem Uebergangsstadium die Handhabung der neuen Anordnung noch Mängel hat oder Schwierigkeiten verursacht, so sollten deshalb nicht Schatten auf die Behandlung der gesamten Mietsfrage fallen. Der Magistrat ist unablässig bemüht, die neuen Bestimmungen so zu handhaben und fortzuentwickeln, wie es das unabweisliche Interesse sowohl des Mieters als auch des Vermieters erheischt. Auch über die Familien der Kriegsteilnehmer hinaus ist eine Ausbildung der Mietsfürsorge nötig; dazu soll unsere Vorlage dienen. Wir brauchen aber zu dieser Erweiterung praktische Erfahrungen; heute fehlt es sogar noch an einer zuverlässigen Uebersicht über den Umfang der Mietsausfälle. Der Wert des Berliner Hausbesitzes beträgt für Berlin 10, für Groß-Berlin 15—16, für alle preußischen Städte über 5000 Einwohner 42 Milliarden Mark; in Berlin ist also ein Viertel, in Groß-Berlin über ein Drittel des Gesamtwertes konzentriert. Der Mietsertrag aus Wohnungen und Gewerberäumen beträgt für Berlin 465 Millionen Mark. Diese Ziffern allein zeigen genügend, wie ins Grenzenlose die Ansprüche an die Gemeinde sich steigern können, wenn man unsere sicheren Ausgangspunkte verlassen wollte. Eine Gewährleistung auch nur für einen namhaften Teil dieser Werte würde die Grundlagen der kommunalen Finanzwirtschaft erschüttern und unsere Leistungsfähigkeit bei weitem übersteigen. Es ist zu hoffen, daß von staatlicher Seite diese Umstände und die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde im allgemeinen billige Würdigung finden werden. Stehen Sie mit dem Magistrat auch in der Mietsfrage einmütig zusammen! (Beifall.)

Stadtv. **Cassel** (A. L.): Der Kollege Stadthagen hat auch die Handhabung der Unterstützung durch die Stadt kritisiert und immer von „Mindestsätzen" gesprochen. Wir haben doch die gesetzlichen Mindestsätze um 100 Proz. erhöht, und die Kommissionen sind darüber hinaus auf alle Weise bemüht gewesen, Härten und Ungleichheiten zu beseitigen. Schon ist auch eine gewisse Gemeinsamkeit der Anschauungen durchgedrungen. Zur Unterstützung der Betroffenen hat auch nach unserer Meinung auch der Staat beizutragen. Die vom Magistrat gewährte besondere Mietsunterstützung ist zu begrüßen, doch scheint sie uns nicht genügend; der Satz von 10 M. reicht nicht überall aus, und es darf diese Beihilfe auch nicht auf die Kriegerfamilien beschränkt werden, es kommen vielmehr auch Arbeitslose und kleine Geschäftsleute in Betracht. Für uns würde es nicht darauf ankommen, statt der 5 Millionen auch das Doppelte zur Verfügung zu stellen. In den Einigungsämtern sollte, wenn sie förderlich wirken sollen, der Vorsitz nicht Magistratsassessoren oder noch jüngeren Kräften, sondern Männern mit praktischer Erfahrung übertragen werden, also Stadträten und Stadtverordneten; ein Jurist könnte ja jedem Amte beigegeben werden.

Stadtv. Dr. **Knauer** (N. L.): Daß die bisherigen Aufwendungen auf diesem Gebiete erhöht werden müssen, darin stimmen alle Vorredner überein. Die vom Magistrat geplante Mietsunterstützung ist unzulänglich und auch an unerfüllbare Bedingungen geknüpft. Die Mietseinigungsämter leiden an dem Mangel, daß neue Instanzen geschaffen werden sollen; die bestehenden Kommissionen mit ihrer unermüdlichen, treuen sozialen Arbeit dürfen nicht ausgeschaltet werden. (Beifall.) Die Höchstgrenze von 450 M. ist viel zu niedrig; sie muß ganz erheblich erhöht werden. Ohne den Staat läßt sich eine wirklich großzügige Hilfsaktion nicht durchführen. Es würde sonst eine Fülle bürgerlicher Existenzen zugrunde gerichtet werden.

Stadtv. **Mommsen** (Fr. Fr.): Der Verlauf der Diskussion zeigt die unbedingte Notwendigkeit einer Ausschußberatung. Die nüchtern-sachliche Behandlung kommunaler Fragen darf auch hier nicht außer Acht gelassen werden. Es ist sehr leicht, zu erklären, man würde auch das Doppelte bewilligen; es muß auch in diesen Kriegszeiten haushälterisch verfahren werden. Gegensätze heraufzubeschwören, sollte man doch gerade jetzt vermeiden. In diesem Sinne gehen wir an die Ausschußberatung. Das Verlangen des Magistrats, die Mietsunterstützung aus Gemeindemitteln an den gleichzeitigen Erlaß eines Teiles der Miete durch den Hausbesitzer zu binden, ist nicht unberechtigt; die Hausbesitzer haben das selbst anerkannt. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Mieterest sich nicht in Schulden umwandelt, die nachher den aus dem Felde heimkehrenden Krieger um seine Habe bringen. Das ist eine Frage der allgemeinen Volkswohlfahrt, die irgendwie gelöst werden muß. Der Vorschlag, die Mietseinigungsämter unter den Vorsitz eines Stadtrats oder Stadtverordneten zu stellen, erscheint mir nicht unbedenklich; diese Aemter sollten reine Verwaltungsstellen sein.

Nach kurzer Erwiderung der Stadtvv. Cassel und Dr. Knauer wird die Einsetzung eines Ausschusses einstimmig beschlossen. Dieser wird vom Vorstand sofort ernannt; er gehören ihm auch Heimann, Ritter, Stadthagen und Wurm (Soz.) an.

In den Rechnungsausschuß wird an Stelle des ausgeschiedenen Dr. Arons Stadtv. Seckelsohn (Soz.) gewählt.

Schluß 7½ Uhr.

Die Arbeitslosenfürsorge in Schöneberg.

Die von der letzten Stadtverordnetenversammlung angenommenen Bestimmungen über die Arbeitslosenfürsorge während der Dauer des Krieges haben folgenden Wortlaut:

1. Den durch den Krieg erwerbslos und hilfsbedürftig gewordenen Einwohnern Berlin-Schönebergs können während des Krieges aus städtischen Mteln Unterstützungen zum Lebensunterhalt gewährt werden. Die Erwerbslosigkeit und damit die Hilfsbedürftigkeit muß eine Folge des Krieges sein. Das wird angenommen, wenn es an besonderen außerhalb der Kriegsnot liegenden Ursachen der Erwerbslosigkeit fehlt.

2. Für diese Unterstützungen kommen nicht in Betracht:

a) die Familien mobiler Mannschaften,

b) Personen, die sich in der Fürsorge der Armenverwaltung befinden,

c) Personen, die nicht seit dem 1. Juni 1914 ununterbrochen in Schöneberg wohnen.

3. Die Höhe der Unterstützungen richtet sich nach dem Grade der Bedürftigkeit. Die Unterstützungen werden nur unter Berücksichtigung anderweiter Einkünfte gewährt. Dazu gehören Renten- und Krankengeld, Militärpensionen, Veteranensold usw.

4. Die Höchstsätze der Unterstützungen betragen wöchentlich ausschließlich der zu gewährenden Mietunterstützung: für einen alleinstehenden Mann 7 M., für eine alleinstehende Frau 5,50 M., für ein kinderloses Ehepaar 8 M. und für jede weiter zu unterstützende Person 1,50 M. bis zum Höchstbetrage von 17 M.

5. Ueber die Unterstützungsanträge entscheidet die „Deputation für Unterstützung Kriegshilfsbedürftiger". Sie bestimmt auch, daß und inwieweit die Unterstützung in Naturalien zu gewähren ist. Die Barunterstützungen werden zweiwöchentlich ausgezahlt.

6. Folgende besondere Bestimmungen gelten für männliche und weibliche erwerbslose Arbeiter und Angestellte:

a) Die Unterstützung wird nicht gewährt, wenn das Arbeitsamt Arbeit, die es für passend erkennt, nachgewiesen hat.

b) Jeder Unterstützungsempfänger hat sich mindestens jeden zweiten Tag auf dem Arbeitsamt zu melden.

c) Soweit Arbeiter und Angestellte von ihrer Berufsvereinigung Arbeitslosenunterstützung erhalten, wird die nach diesen Bestimmungen zu gewährende städtische Unterstützung als Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Die Kassen der Berufsvereinigungen verauslagen den Betrag des städtischen Zuschusses und reichen in jedem Monat der Deputation die Berechnung ihrer Auslagen nebst den dazu gehörigen Unterlagen für die Zeit vom 1. bis zum letzten des vorangegangenen Monats ein. Der Zuschuß wird innerhalb drei Wochen nach Einreichung an die einzelnen Kassen abgeführt.

7. Die Ordnung der Stadtgemeinde Berlin-Schöneberg über die Förderung der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit wird vom 12. Oktober für die Dauer des Krieges aufgehoben.

8. Ausführungsbestimmungen erläßt nach Anhörung der Deputation der Magistrat.

9. Diese Bestimmungen treten sofort in Kraft.

Zur Gewährung der Unterstützungen während des Krieges an die durch den Krieg erwerbslos und hilfsbedürftig gewordenen Einwohner Berlin-Schönebergs wird nach Maßgabe der von den städtischen Körperschaften beschlossenen Grundsätze ein Betrag von 1 000 000 Mark aus Vorschüssen zur Verfügung gestellt.

Der Magistrat wird ersucht, darauf zu sehen, daß die Barunterstützungen wöchentlich ausgezahlt werden.

Angenommen wurde ferner folgende Resolution:

Der Magistrat wird ersucht, bei den Groß-Berliner Gemeinden dahin zu wirken, daß unter Zusicherung der Gegenseitigkeit die Festsetzung eines Stichtages für den Zuzug wegfällt.

Aus Groß-Berlin.

Der Straßengaul.

Er, der noch vor wenigen Wochen im Verkehrsleben Berlins eine untergeordnete Rolle spielte, kommt in dieser Zeit des Krieges wieder zu Ehren. Viele tausende Exemplare seiner Rasse mußten bei Ausbruch des Krieges sich der Musterung unterziehen und wurden als brauchbar befunden. Er blieb zurück, weil er entweder zu alt, oder aber den großen Strapazen des Kriegsdienstes nicht gewachsen schien.

Die dem Gaul widerfahrene Unbill war jedoch nur von kurzer Dauer.

Noch etwas später wurde er immer mehr ein begehrenswertes Objekt. Jetzt ist er, den man vor Monaten am liebsten dem Roßschlächter überantwortet hätte, mit einmal berufen, den Gepäck- und Transportwagen zu ziehen. Was noch vor Ausbruch des Krieges mit rasender Geschwindigkeit per Automobil in die entlegensten Vororte und Straßenteile befördert wurde, das muß jetzt teilweise per Achse expediert werden. So sehen wir denn jetzt zahlreiche Exemplare dieser Pferdetypen im langsamen Trapp als Wahrzeichen längst verklungener Tage im Transportwagen durch die Großstadtstraßen ziehen, um Aushilfsdienste zu leisten im Wirtschaftsleben Groß-Berlins. Doch über kurz oder lang wird das moderne Transport- und Verkehrsvehikel den alten „Zossen" wieder ersetzen und längstgewohnte Promptheit wird das Zeichen des Tages sein.

Berlins Bevölkerungsverlust infolge des Krieges.

Die Bevölkerungszahl Berlins hat im ersten Monat nach dem Kriegsausbruch, wie die jetzt vorliegenden Berechnungen des Berliner Statistischen Amtes nachweisen, sich um ziemlich 43 000 vermindert. Die regelmäßige Fortschreibung der Bevölkerungszahl hatte für Anfang August 2 053 302 Einwohner ergeben, für Anfang September ergab sie nur noch 2 010 580 Einwohner. An dem für Monat August festgestellten Rückgang um 42 722 ist das männliche Geschlecht allein mit 42 119 beteiligt. Das Statistische Amt bemerkt hierzu, das sei durchaus die Folge der militärischen Einberufungen. Doch müsse dahingestellt bleiben, in welchem Umfang die polizeilichen Abmeldungen der Einberufenen und andererseits die Anmeldungen der aus dem Osten hierher gekommenen Flüchtlinge bewirkt seien. Es sei nicht ausgeschlossen, daß ein noch größerer Bevölkerungsrückgang, als er nachgewiesen ist, stattgefunden habe.

Keine Kartoffelangst.

In manchen Kreisen ist die Befürchtung aufgetaucht, die Kartoffeln könnten knapp werden und die Preise noch höher steigen; und es sei deshalb notwendig, sich schleunigst mit Kartoffeln zu versorgen. Diese Annahme ist grundverkehrt, genau so verkehrt, wie bei Ausbruch des Krieges es unsinnig war, sich mit größeren Mengen von Lebensmitteln und selbst mit Salz zu versorgen. Eine solche Vorsorge führt nur zu großen Preissteigerungen und verteuert die Lebensmittel ohne Not. Auch die von einigen Gemeinden getätigten Kartoffeleinkäufe wirken in dieser Richtung. Es liegt nicht der geringste Anlaß zu Befürchtungen vor. In einer ganzen Reihe von Bezirken sind bereits von den Militärbehörden Höchstpreise auch für Kartoffeln festgesetzt und es ist zu hoffen, daß auch für das Berliner und Brandenburger Gebiet einer Ueberteuerung der Bevölkerung ein Riegel vorgeschoben wird. Deshalb kaufe jeder nur soviel Kartoffeln ein, wie er zum augenblicklichen Bedarf braucht.

Weitere Kriegsfürsorge in Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten berieten am Mittwoch in einer Versammlung, die sich bis spät in die Nacht hinein ausdehnte, eine Reihe von Vorlagen, die mit der durch den Krieg geschaffenen Lage im engen Zusammenhang stehen. Zunächst genehmigte die Versammlung, abgesehen von einer Reihe von Nachbewilligungen im laufenden Etat, die vom Magistrat beantragte Verstärkung der Mittel für Schulkinderspeisung, über die wir bereits ausführlich berichtet haben. Einem Wunsche des Genossen Vogel auf Speisung auch der Besucher der Schulkindergärten stellte sich der Magistrat nicht ablehnend gegenüber. — Gleichfalls genehmigt wurde die Vorlage betreffend Errichtung von Leichtbauten zur Aufnahme von Infektionskranken.

Eine größere Debatte rief die Vorlage betreffend Gründung einer Mietdarlehnskasse hervor. Während die Liberalen ihr Einverständnis mit der Tendenz der Vorlage erklärten, benutzte der Vertreter der Hausbesitzer, Stadtverordneter Riesenberg, die Gelegenheit, Forderungen zum Schutz des Hausbesitzes zu stellen, die geradezu unerhört sind. Verstieg sich der Herr doch unter allerhand Angriffen auf die „böswilligen" Mieter, die angeblich samt und sonders keine Miete zahlen, obwohl sie dazu imstande sind, zu der Forderung, der Magistrat solle spätestens im nächsten Jahre den Hausbesitzern die Grundsteuer und die Bezahlung des Gas- und Wassergeldes erlassen. Treffend erwiderte ihm Bürgermeister Dr. Maier, daß die Stadt gesetzlich nicht zur Unterstützung der Hausbesitzer, sondern zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer verpflichtet sei und daß die Ausführungen des Vertreters der Hausbesitzer neue Aussichten für die Zukunft eröffnen. Auch Genosse Hirsch trat dem Stadtverordneten Riesenberg in scharfer Weise entgegen. Die Vorlage wurde schließlich einem Ausschuß zur Vorberatung übergeben.

Eine lebhafte Erörterung entfesselte der sozialdemokratische Antrag betreffend die Einführung einer Arbeitslosenunter-

stützung nach dem Berliner System. In der vorigen Sitzung war die Besprechung mit Rücksicht auf die von dem Berliner Oberbürgermeister angeregte gemeinsame Verhandlung der Vororte mit Berlin vertagt worden. Aus dieser gemeinsamen Verhandlung teilte zunächst Stadtrat Spiegel mit, daß keine Einigung erreicht sei, sondern daß alle Vorortgemeinden das Berliner System abgelehnt hätten, weil man namentlich auch mit Rücksicht auf die Beschlüsse des Provinzialausschusses von einer Prüfung der Bedürftigkeit des einzelnen Falles nicht absehen könne; jedoch wolle man die Zuwendungen der Berufsorganisation an Arbeitslose nur zur Hälfte in Anrechnung bringen. Genosse Dr. Borchardt hob eindringlich hervor, daß auch nach dem sozialdemokratischen Antrage nur Bedürftige unterstützt werden sollen, in der Regel aber sei jeder Arbeitslose bedürftig, oft sogar in einem solchen Maße, daß es geboten sei, über die festzusetzenden Normalsätze hinauszugehen. Das solle durch den Antrag keineswegs verhindert werden. Die gewerkschaftlichen, auf die normalen Friedensverhältnisse zugeschnittenen Versicherungseinrichtungen könnten selbstverständlich nicht für die in der Kriegszeit eingetretene Arbeitslosigkeit ausreichen, und deshalb müsse die Gemeinde eingreifen, wobei es ganz naturgemäß sei, daß sie mit den Berufsorganisationen zusammenarbeitet. Bürgermeister Dr. Maier lehnte ein solches Zusammenarbeiten ab, weil er darin eine unzulässige Verquickung des Versicherungsgedankens mit dem Unterstützungsgedanken erblickte, und die Redner der bürgerlichen Fraktionen, die grundsätzlich von einem Zusammenarbeiten der Gemeinden mit den Gewerkschaften nichts wissen wollen, folgten ihm darin. Unter diesen Umständen war die Ablehnung unseres Antrages keine Ueberraschung. Aber einen Vorteil hat die Diskussion trotz alledem gezeitigt, nämlich die Zusicherung des Bürgermeisters, daß die Behandlung der Arbeitslosen in den verschiedenen Unterstützungskommissionen in Zukunft einheitlich geregelt werden soll.

Auch die Vorlage betreffend Kriegsunterstützungen zeitigte eine längere Besprechung. Unter Abänderung der früher gefaßten Beschlüsse sollen die Familien der Kriegsteilnehmer vom 1. November ab neben einer für die allgemeinen Lebensbedürfnisse festzusetzenden Unterstützung noch einen besonderen Betrag zur Bestreitung des Wohnungsbedürfnisses bekommen. In welcher Weise die Unterstützung in Zukunft geregelt ist, teilen wir in einer besonderen Notiz mit.

Stadtverordnetenversammlung.

Wieder hatten die Berliner Stadtverordneten in ihrer gestrigen Sitzung sich mit der Frage zu beschäftigen, was zur Linderung des Kriegsnotstandes geschehen kann. Schutz für die vielen kleinen Mieter, die jetzt in schwerer Bedrängnis sind, forderte ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion. Zugleich stand auf der Tagesordnung ein Magistratsantrag, Mieteinigungsämter zu schaffen. Der sozialdemokratische Redner legte dar, daß in dieser Notstandszeit ein weitgehender Mieterschutz unerläßlich ist. Scharf wandte er sich gegen das Verhalten des Magistrats in der Frage der Mietsunterstützung.

Tödlich verunglückt.

Ein tödlicher Straßenunfall hat sich gestern vormittag in Grünau ereignet. Die Ehefrau des Bahnvorarbeiters Rahmel aus der Köpenicker Straße 90 in Grünau wurde gerade in dem Augenblick, als sie im Begriff war, mit ihrer zweijährigen Tochter das Haus zu verlassen, abberufen und mußte für ganz kurze Zeit die Kleine im Flur des Hauses allein lassen. Während der Abwesenheit der Mutter spielte das Mädchen vor der Tür mit einem Ball, der auf den Fahrdamm fiel. Um das Spielzeug zu holen, lief das Kind auf die Straße und unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen auf das Gleis. Der Führer des Bahnwagens bremste zwar mit aller Kraft, vermochte jedoch auf so kurze Entfernung den Wagen nicht rechtzeitig zum Halten zu bringen. Das Mädchen wurde umgestoßen und geriet unter den Wagen, dessen Vorderräder über die Kleine hinweggingen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Als Dienstag nacht gegen ½12 Uhr ein Straßenbahnwagen der Linie 164 die Oderbrucher Straße passierte, bemerkte der Fahrer in der Nähe der Landsberger Allee plötzlich kurz vor seinem Wagen einen Mann auf den Schienen liegen. Der Fahrer bremste mit aller Kraft und es gelang ihm auch, den Wagen zum Stehen zu bringen, so daß der Unbekannte nur angefahren wurde. Man brachte den Mann, der eine Fleischwunde am linken Unterschenkel aufwies, nach dem Krankenhaus Friedrichshain, wo er bald nach seiner Aufnahme verstarb. In dem Verstorbenen wurde der wohnungslose Reisende Buschhun festgestellt.

Zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung in Wilmersdorf.

Nachdem zur Unterstützung der durch den Krieg beschäftigungslos gewordenen und infolgedessen in Not geratenen Bürger durch die Stadtgemeinde Mittel bereitgestellt worden sind, können Anträge auf Bewilligung der Unterstützungen werktäglich von 8 bis 1 Uhr (außer Sonnabends) gestellt werden und zwar von den gelernten und ungelernten Arbeitern und Arbeiterinnen bei der Dienststelle XII, Brandenburgische Straße 1, eine Treppe, Zimmer 9, von den Angehörigen der freien Berufe und von den kaufmännischen Angestellten beim städtischen Statistischen Amt, Gasteiner Straße 11, 3 Treppen.

Es kommen nur solche Unterstützungsbedürftige in Frage, welche seit dem 1. Juni d. J. in Berlin-Wilmersdorf wohnen. Personen, welche Renten oder Krankengeld beziehen oder sich in der Fürsorge der Armenverwaltung befinden, kann eine Erwerbslosenunterstützung nicht bewilligt werden; desgleichen sind diejenigen Personen ausgeschlossen, welche auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1888 und vom 4. August 1914 Kriegsunterstützung beziehen.

Für mehrere Familienangehörige verschiedener Berufsgruppen ist der Antrag vom Haushaltungsvorstand zu stellen.

Alle Personen, welche bisher aus städtischen Liebesgabenfonds unterstützt wurden, haben für die Erwerbslosen-Fürsorge neue Anträge zu stellen, soweit sie nicht inzwischen Beschäftigung und Verdienst gefunden haben.

Unentgeltliche erste Hilfe für Militärpersonen.

Das Kuratorium für das städtische Rettungswesen hat beschlossen, während der Dauer des Krieges allen Militärpersonen in Uniform bei plötzlichen Erkrankungen und Unfällen unentgeltlich die erste Hilfe zu leisten.

Die Kriegsfürsorge in Treptow-Baumschulenweg

wird, soweit es sich um die Beköstigung und sonstige Hilfe für die Familien der Eingezogenen und Arbeitslosen handelt, von den unserer Parteiorganisation angehörenden Frauen mit denen bürgerlicher Vereine gemeinsam ausgeübt. Zur Familienunterstützung der zum Heere Einberufenen wird nach den für Groß-Berlin geltenden Regeln ein Zuschuß von 100 Proz. aus Gemeindemitteln gewährt, zur Erlangung von Arbeitslosenunterstützung hat der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins eine Eingabe an den Gemeindevorstand gerichtet, in der neben der baren Unterstützung für Arbeitslose auf die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch den Gemeindevorstand Wert gelegt wurde. Die bisher von der Gemeinde getroffenen Maßnahmen sind unzulänglich. Von den wenigen tausend Mark, die für einige Tiefbauarbeiten bewilligt wurden, wird nur den wenigen mit groben Erdarbeiten vertrauten Arbeitern für einige Wochen Arbeit geschaffen werden können. Der großen Mehrzahl der qualifizierten Stubenarbeiter, die der schweren Erdarbeit nicht gewachsen sind, wird dabei nicht geholfen. Auch das vom Gemeindevorstand in anerkennenswerter Weise an die Fabrikanten und sonstigen Unternehmen gerichtete Rundschreiben mit der Aufforderung, die Betriebe nach Möglichkeit wieder zu eröffnen, wird weiteren Drängens und Mahnens bedürfen, wenn die Aufforderung nennenswerten Erfolg haben soll. An barer Unterstützung soll an Arbeitslose für den Tag 1 M. bei Familienhäuptern und alleinstehenden und erwachsenen Personen und 60 Pf. für den Tag den einzelnen Gliedern einer häuslichen Gemeinschaft gezahlt werden. Das bedeutet nach den Angaben des Gemeindevorstandes für die Woche 7 bezw. 4,20 M. Für die Bewilligung der Unterstützung gelten die für die Stadt Berlin geltenden Bestimmungen. Ausgeschlossen von der Unterstützung sind nach den Bestimmungen Personen, die nach dem 1. Juni 1914 ihren Aufenthalt in Treptow-Baumschulenweg genommen haben oder noch nicht 14 Tage ohne Beschäftigung sind. Ausgeschlossen sind ferner arbeitsunwillige oder arbeitsunfähige Personen. Arbeitslose haben sich im Rathaus zu melden.

Die Notstandsfürsorge in Pankow

hat auf Beschluß der Gemeindevertretung noch eine Aenderung dahin erfahren, daß die Unterstützungen auch für Kinder über 15 Jahre gezahlt werden. Ferner wird für Pankow ein Mietseinigungsamt errichtet, dessen Obliegenheiten der schon bestehenden Kriegsfürsorgekommission übertragen worden sind. Weiter wurde von der Vertretung beschlossen, die freiwillig ins Heer eingetretenen Gemeindebeamten in ihren Bezügen mit denjenigen der zum Kriegsdienst beorderten gleichzustellen.

Notstandsarbeit in Weißensee.

Auch in Weißensee ist jetzt die Ausgabe von Näharbeiten eingeführt worden. Dadurch wird arbeitslosen Frauen und Mädchen und den Angehörigen der Arbeitslosen Gelegenheit geboten, etwas zum Lebensunterhalt zu verdienen. Es ist einfache und bessere Näharbeit in reichlichem Maße vorhanden, die nach den im gewerblichen Leben üblichen Lohnsätzen bezahlt wird.

Die Arbeitslosen, welche auf diese Arbeit reflektieren, mögen sich Sonnabendvormittag von 11—1 Uhr bei dem Gemeindeverordneten R. Fuhrmann, Sedanstr. 105 parterre, melden.

Die abgelehnte Wahlrechtsverschlechterung in Neukölln.

Die gestern abgehaltene Neuköllner Stadtverordnetenversammlung beschloß einstimmig, dem Protest unserer Parteigenossen gegen die Richtigkeit der aufgestellten Wählerliste stattzugeben und die Stadtgemeinde aus der Wählerliste zu streichen. — Den Kriegsnotleidenden in Ostpreußen wurden 8000 M., denen im Elsaß 2000 M. bewilligt. — Zur Deckung der schon bewilligten 2 Millionen für Kriegsnotleidende und 1 Million für Mietsunterstützungen, wird eine Kriegsanleihe von 3 Millionen Mark aufgenommen. — Zur Durchführung der Kaiser-Friedrich-Straße unter die Anschlußbahn Neukölln—Niederschöneweide soll die Feldwegunterführung am Bahnhof Köllnische Heide verbreitert werden. Die Kosten im Betrage von 300 000 M. werden bereitgestellt. — Für die Fertigstellung des Körnerparkes werden noch 64 500 M. aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt. — Der von der Kriegsnotstandskommission bereits durchgeführten Gewährung von Mietsunterstützungen wurde nachträglich zugestimmt.

Die Kriegsnot der Handelslehrer.

Jeder einzelne wird mit besonderer Freude die Maßnahmen begrüßen, welche in Anbetracht der durch den Krieg geschaffenen Mißstände denjenigen Berufen zu teil werden, welchen die allgemeine Notlage besonders hart mitspielt. Um so bedauerlicher ist es, wenn einzelne Unternehmer, statt zu helfen, ihre angeblichen Verluste, die sie in Wirklichkeit sehr gut überwinden könnten, dadurch auszugleichen suchen, daß sie sich an ihren Angestellten schadlos halten. Dies gilt ganz besonders von bestimmten Inhabern Berliner Handelsschulen. Sie nützen die große Arbeitslosigkeit unter den Privat- und Handelslehrern, resp. das große Angebot der Arbeitslosen zu ihren Gunsten aus und zahlen ihren bisherigen Hilfskräften unter Entlassungsandrohungen Gehälter, die den schärfsten Protest herausfordern. Schon in guten Zeiten war die durchschnittliche Bezahlung absolut unzulänglich — durchschnittlich monatlich 125 Mark bei ca. 50—60 Stunden pro Woche. Denselben Angestellten gibt man jetzt ohne Ursache die Hälfte resp. Zweidrittel des früheren Gehaltes. Mit den fadenscheinigsten Gründen sucht man plausibel zu machen, die Herren Direktoren könnten nicht mehr zahlen.

Der Brand einer Heumiete auf dem Karlshorster Wiesengelände in der Prinz-Adalbertstraße rief am Dienstagabend in der fünften Stunde die Karlshorster Feuerwehr auf den Plan. Die Miete wurde von Krieg spielenden Knaben als Festung benutzt, einer derselben hantierte dabei mit Streichhölzern, womit das Heu in Brand gesteckt wurde. Von dem Heu war nichts mehr zu retten, die Miete brannte in kurzer Zeit total nieder.

In einem Anfalle von Geistesgestörtheit hat der 33 Jahre alte Schlosser Paul Kitzelmann aus der Ruppiner Straße 20 Hand an sich gelegt. Der Unglückliche schnitt sich in seiner Wohnung die Kehle durch und war an Verblutung schon gestorben als man ihn auffand.

Arbeiterbildungsschule. Schriftliche Anmeldungen zu den Kursen der Arbeiterbildungsschule, die in der nächsten Woche beginnen, können schon jetzt beim Sekretariat des Bezirksbildungsausschusses Groß-Berlin, SW. 68, Lindenstr. 3, erfolgen. Politisch oder gewerkschaftlich organisierte Arbeitslose haben zu den Kursen unentgeltlichen Zutritt.

Das Berliner Aquarium hat vor kurzem wieder eine neue Zufuhr von Seetieren erhalten. Die Zoologischen Stationen von Triest und Rovigno haben trotz der Kriegszeit für das Aquarium gesorgt. Alle diese eingetroffenen Mittelmeerbewohner haben nicht länger zu ihrer Reise gebraucht als in Friedenszeiten auch, so daß sie sämtlich in bestem Zustande hier eingetroffen sind. Vor allen Dingen sind eine Anzahl von Tintenfischen erwähnenswert. Ein paar hundert Seepferdchen und eine schöne Sammlung prächtiger Actinien, sogenannte Wachsrosen, sowie eigenartige Krebse bevölkern die Behälter, die durch die Neubepflanzung mit frischem Seegras ein besonders freundliches und naturwahres Aussehen erhalten haben.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin. Gelder an die Samariterkolonne sind von jetzt ab an den Kassierer Friedrich Plauda, SW 29, Mittenwalder Straße 25, zu senden. Anfragen und Mitteilungen wolle man an den ersten Vorsitzenden, Gustav Dietrich, NW 23, Klopstockstraße 25, Hof parterre, richten.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund. Gau Berlin und Umgegend.

Folgende Vereine halten noch regelmäßige Uebungsstunden ab:

Sonntag: „Freiheitsklänge", Borsigwalde, Schubertstraße bei Schulze. — „Vorwärts-Frohsinn", Lichtenberg, Hauptstr. 85 bei Gweleid.

Montag: „Zukunft", Niederschönhausen, Waldstr. 41 bei Gäpe.

Dienstag: „Frauen- und Mädchenchor Neukölln und Süden", Neukölln, Bergstr. 151/152, Passage-Festsäle. — „Frauen- und Mädchenchor Norden", Gerichtstr. 31, Prachtsäle Norden. — „Waldbund", Wittenau, Oranienburger Str. 99/100 bei E. Wittchow. — „Männerchor Lerche-Einigkeit", Schönhauser Allee 176, Brauerei Pfefferberg. — „Männerchor Nordost-Lyrania", Landsberger Allee 155 bei Rümann. — „Männerchor Reinickendorf-Ost", Residenzstraße 124 bei Sadau. — „Namenlos", Andreasstraße 21, Andreas-Festsäle. — „Unverzagt", Bredowstr. 11 bei Müller. — „Weddinger Harmonie", Pasewalker Str. 3 bei Bleschke.

Mittwoch. „Frauen- und Mädchenchor Osten", Landsberger Allee 155 bei Rümann. — „Lichtenberger Männerchor", Lichtenberg, Türrschmidtstr. 15, Kerns Festsäle.

Donnerstag: „Fichte-Georginia", Ohmstr. 2, Klubhaus. — „Liederfreunde", Pankow, Breitestr. 14, Türkisches Zelt. — „Liedertafel Oberschöneweide", Wilhelminenhofstr. 43 bei Otto Pampe. — „Männerchor Friedenau-Steglitz", Steglitz, Ahornstr. 15a bei F. Schellhase. — „Morgengrauen", Rosenthaler Str. 11/12, Rosenthaler Hof. — „Olympia", Blumenstraße 10, Alt-Berlin. — „Sängerabteilung I, Gau Berlin", Oranienstr. 180. — „Sängerchor Vorwärts-Südost", Waldemarstr. 75. — „Sängerchor Wedding", Tilsitstr. 63, Funkes Gesellschaftshaus. — „Schöneberger Männerchor und Frauenchor", Schöneberg, Martin-Luther-Str. 69, Neue Rathaussäle. — „Silcherchor", Schulstr. 23, Emalds Restaurant. — „Volkschor Mariendorf", Mariendorf, Chausseestr. 283 bei Herold.

Freitag: „Berliner Sängerchor", Engelufer 15. — „Berliner Volkschor", Langestr. 3, Aula der 5. Pflichtfortbildungsschule. — „Frohsinn", Adlershof, Bismarckstr. 15 bei A. Kaul. — „Freier Männerchor", Potsdam, Kaiser-Wilhelm-Str. 38 bei Hausmann. — „Gesundbrunner Harmonie", Prinzenallee 33 bei Schmidt. — „Liedertafel West", Lützowstr. 111/112, Viktoria-Brauerei. — „Liedertafel und Frauenchor Charlottenburg", Rosinenstraße 3. — „Liederfreunde", Johannisthal, Friedrichstr. 48 bei Senftleben. — „Männerchor Neukölln und Neuköllner Liedertafel", Neukölln, Bergstraße 151/152, Passage-Festsäle. — „Männerchor Norden", Pr englauer Allee 247, Brauerei Böhm. — „Männerchor Ost", Strausberger Straße 3, Fortuna-Säle. — „Männerchor der Transportarbeiter", Andreasstr. 21. — „Männerchor Weißensee", Pistoriusstr. 23/26, Turnhalle. — „Männerchor Oberspree", Baumschulenweg, Kiefholzstr. 249, Restaurant A. Krause. — „Männer- und Frauenchor Rathenow", bei Otto Reichard, Zentralherberge. — „Neu erwacht", Invalidenstr. 1a, Harmonie (Inh. R. Driechel). — „Textilia", Koppenstr. 1 bei Gruszendorf. — „Typographia", Ohmstr. 2 Berliner Klubhaus.

Sonnabend: „Gesangverein der Gemeindearbeiter", Neue Roßstraße 3 bei Lehmann.

Gewerkschaftliches.

Geschoßkörbe.

In einer Korbmacherversammlung, welche die Zahlstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes einberufen hatte, wurde über die gegenwärtige Lage in der Geschoßkorbbranche folgendes ausgeführt.

Während kurz nach dem Beginn des Krieges in 15 Werkstätten 300 Arbeiter auf Geschoßkörbe arbeiteten, sind jetzt in 36 Werkstätten 700 Arbeiter beschäftigt. Außerdem gibt es noch eine Anzahl Kleinmeister, die für Zwischenunternehmer arbeiten.

Infolge des großen Bedarfs an Geschoßkörben hat sich die Zahl der in Berlin beschäftigten Arbeiter durch Zuzug von außerhalb vermehrt, auch werden leicht erlernbare Teilarbeiten von Arbeitern, die in anderen Berufen arbeitslos waren, ausgeführt. Zum Teil werden auch Frauen als Heimarbeiterinnen beschäftigt. Daß bei dieser Gelegenheit die Heimarbeit eingeführt worden ist und daß Ueberstunden- und Sonntagsarbeit in ausgedehntem Maße geleistet wird, beklagen die organisierten Arbeiter. Um diesen Uebelständen entgegenzuwirken, wurde in der Versammlung der Vorschlag gemacht, die Korbmacher sollten in der Hauptsache nur die Arbeiten ausführen, zu denen gelernte Korbmacher erforderlich sind. Dagegen sollten die Arbeiten, die von angelernten Arbeitern hergestellt werden können, denen überlassen bleiben, die in anderen Branchen des Holzgewerbes lange arbeitslos sind und vorübergehend auf Geschoßkörbe arbeiten wollen. In erster Linie sollen hierbei Familienväter berücksichtigt werden. Um diesen Gedanken durchzuführen, beschloß die Versammlung, die Arbeitgeber zu ersuchen, bei Bedarf an Arbeitskräften sich an den Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zu wenden. — Ferner stimmte die Versammlung einer Vereinbarung zu, welche der Holzarbeiterverband vor einigen Tagen mit der Korbmacher-Zwangsinnung und dem Verein selbständiger Korbmacher abgeschlossen hat. Die Vereinbarung lautet:

> Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter des Korbmachergewerbes richten an alle Arbeitgebervereinigungen und Einzelfirmen des ganzen Reiches das dringende Ersuchen, bei Uebernahme von Geschoßkorblieferungen die jetzt bestehenden Lieferungsbedingungen und Arbeitslöhne überall einheitlich durchzuführen und hochzuhalten.
>
> Die Arbeitslöhne betragen für Drillinge 2,25 M., Achtundneunziger 2,25 M., Kartuschen 2,85 M., 15-Zentimeter-Granaten 0,80 M., 21-Zentimeter-Granaten 1,30 M., 13-Zentimeter-Schrapnells 0,80 M., höhere Schrapnells 1,— M.
>
> Von allen an Geschoßkörben beschäftigten Arbeitgebern und Arbeitern wird erwartet, daß sie diesen Vereinbarungen beitreten und für strikte Durchführung derselben Sorge tragen.
>
> Die Militärbehörden werden dringend gebeten, die jetzigen Lieferungsbedingungen auch fernerhin unverändert bestehen zu lassen, damit die vereinbarten Arbeitslöhne dauernd bestehen bleiben können.
>
> Den Versammlungen der Arbeitgeber und der Arbeiter wird empfohlen, die Arbeitsvermittelung gemeinsam zu regeln.

Deutsches Reich.

Kriegsmaßnahmen im Baugewerbe.

Von den am Baugewerbe beteiligten freien Gewerkschaften war Mitte September in gemeinsamer Sitzung beschlossen worden, an den Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände (Sitz Nürnberg) mit dem Vorschlag heranzutreten, mit tunlichster Beschleunigung für die Dauer des Krieges aus Vertretern der beiderseitigen Organisationen einen Ausschuß zur Beschaffung und Förderung von Bauarbeiten aller Art zu bilden. Dieser Vorschlag wurde in der dem Reichsbund schriftlich unterbreiteten Eingabe des näheren begründet. Der Reichsbund stimmte der gegebenen Anregung zu und auch die Verbände der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Bauarbeiter schlossen sich ihr an. Nach erfolgter Verständigung auf schriftlichem Wege fand alsdann die offizielle Vertretersitzung statt, für die auf Arbeiterseite nicht weniger wie 18 gewerkschaftliche Organisationen in Frage kommen. Die Vertretung dieser Verbände war den Vorständen der Bauarbeiter, Metallarbeiter und Holzarbeiter übertragen worden. Das Resultat der gepflogenen Verhandlungen war folgende Vereinbarung:

> Die großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Baugewerbes und der Baunebengewerbe haben am 13. Oktober 1914 in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, welche danach streben soll, zur Erhaltung der Volkskraft während des Krieges die daniederliegende Bautätigkeit möglichst zu heben. Die Arbeitsgemeinschaft wendet sich zu diesem Zwecke an die Behörden des Reiches und der Bundesstaaten und an die Gemeinden mit der dringenden Bitte, die schon beschlossenen Bauten auszuführen und umgehend Mittel für weitere Bauten bereit zu stellen. Sie wird ferner bei den in Betracht kommenden kapitalkräftigen Stellen auf eine Erleichterung der Kapitalbeschaffung zur Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit hinwirken. Sie wird weiter eine planmäßige Vermittlung der Arbeitskräfte, insbesondere für den Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Landesteile anstreben. Sie wird die Behörden ersuchen, von den Uebernehmern gewerblicher Arbeiten die Innehaltung der tariflichen und ortsüblichen Arbeitsbedingungen zu verlangen, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu

erhalten; um einer möglichst großen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verdienst zu verschaffen, wird es den örtlichen Verbänden anheimgestellt, sich über eine zweckmäßige Verkürzung der Arbeitszeit zu verständigen.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen bildet die Arbeitsgemeinschaft einen Zentralausschuß, dem fünf Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände, und fünf Vorstandsmitglieder der beteiligten freien, christlichen und H.-D. Gewerkschaften angehören. Es wird beabsichtigt, in den einzelnen Provinzen Bezirksausschüsse und in den größeren Arbeitsorten örtliche Ausschüsse in ähnlicher Zusammensetzung zu bilden, welche sich in dauerndem Zusammenarbeiten der Durchführung dieser Maßnahmen widmen werden.

Dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände gehören rund 60 000 Arbeitgeber an, den beteiligten Gewerkschaften rund eine Million Arbeiter."

Der Zentralausschuß der Arbeitsgemeinschaft wurde sofort konstituiert und ein für die Ausführung der gefaßten Beschlüsse und in Aussicht genommenen Maßnahmen bestimmtes Organ eingesetzt, das aus je einem Unternehmer- und Arbeiterbeauftragten besteht und mit gewissen Vollmachten ausgestattet wurde. Die praktische Tätigkeit soll sofort aufgenommen werden.

An den Mitgliedern der beiderseitigen Verbände im ganzen Reiche wird es nun zunächst liegen, die in der Vereinbarung der Vorstände vorgesehenen Provinz- und Ortsausschüsse sofort zu bilden und in Tätigkeit treten zu lassen. Es gibt der Aufgaben so viele und so mancherlei, daß man hoffen darf, die dankenswerten Bemühungen der Gewerkschaften möchten überall verständnisvolle Anerkennung und Unterstützung finden.

Aus Industrie und Handel.

Der Handel der Vereinigten Staaten im ersten Kriegsmonat. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten im August betrug bloß 110,34 Millionen Dollar gegenüber von 154,08 Millionen im Juli und 187,01 Millionen im Vorjahre. Die Einfuhr hat dagegen weniger gelitten. Sie stellte sich auf 129,4 Millionen gegen 160,18 Millionen im Juli und 137,65 Millionen im August 1913. Umgekehrt war der Export von Gold im August sehr bedeutend, nämlich 18,12 Millionen Dollar gegen eine Goldausfuhr von 1,19 Millionen im Vorjahre. Die Goldeinfuhr war dagegen gering, 3,03 Millionen gegen 5,80 Millionen im Vorjahre. Europa hat seine Guthaben aus Amerika zurückgezogen.

Unter den landwirtschaftlichen Produkten hat besonders die Ausfuhr von Baumwolle gelitten. Ihr Export hat fast ganz aufgehört. Während er sich im vorigen Jahre auf 16,5 Millionen Dollar stellte, erreichte er im August dieses Jahres kaum 1,8 Millionen Dollar. Ebenso ist der Export von mineralischen Oelen von 12,89 auf 7,84 Millionen Dollar zurückgegangen. Dagegen ist die Ausfuhr von Brotstoffen noch etwas gestiegen, von 28,68 auf 29,54 Millionen Dollar, wohl infolge allgemeiner Preissteigerung. Die Ausfuhr von Erzeugnissen der Viehzucht ist etwas gesunken, von 11,89 auf 8,53 Millionen Dollar.

In welchem Maße auch das Geschäft der Vereinigten Staaten im allgemeinen unter dem Kriege gelitten hat, geht daraus hervor, daß die Clearing-House-Umsätze im September sich stark vermindert haben. In den ersten drei Septemberwochen beliefen sie sich auf 6,3 Milliarden gegen 9,2 Milliarden in der gleichen Zeit 1913. Das Geschäft hat um ein Drittel abgenommen. Immerhin zeigt es sich schon eine gewisse Besserung an. Denn die Umsätze sind gegen die Vorwoche wiederum gestiegen und zwar von 1,95 auf 2,35, also um 0,4 Milliarden Mark, während sie im Vorjahre vom 12. bis zum 19. September bloß von 2,99 auf 3,276, also bloß um 0,286 Milliarden Dollar angewachsen sind.

Soziales.

Kommunalwahlstreit.

Die Gültigkeit sozialdemokratischer Stadtverordnetenmandate stand in Frage in einem Kommunalwahlstreit, bei dem ein sozialdemokratischer Wahlaufruf an die Gewerbetreibenden eine große Rolle spielte.

In **Schönebeck a. E.** waren in der dritten Abteilung am 24. November 1913 drei Stadtverordnete zu wählen, wovon zwei Hausbesitzer sein mußten. Gewählt wurden die drei sozialdemokratischen Kandidaten Senkfeil, Fritze und Haake.

Die **Stadtverordnetenversammlung** und dann der **Bezirksausschuß** in Magdeburg erklärten alle drei Wahlen für **ungültig**.

Der Bezirksausschuß führte in seiner Begründung u. a. aus: Die drei Wahlen seien schon darum ungültig, weil die sozialdemokratische Partei sich einer unzulässigen Wahlbeeinflussung schuldig gemacht habe. Und zwar durch ein vom Wahlkomitee an die Geschäftsleute gerichtetes Flugblatt, das im letzten Absatz eine Stimmabgabe für die sozialdemokratischen Kandidaten oder Stimmenthaltung empfehle. In den Ausführungen des Flugblattes an die Geschäftsleute liege eine zwar versteckte, aber nicht mißzuverstehende Androhung von geschäftlichen Nachteilen für den Fall, daß die Betreffenden nicht die sozialdemokratischen Kandidaten wählen wollten, oder zum mindesten der Wahl fernblieben. Darin liege eine ungesetzliche Wahlbeeinflussung, die die Ungültigkeit der Wahlen schon allein nach sich ziehe.

Das Oberverwaltungsgericht hob am Montag auf die Berufung der Gewählten, die Senkfeil vertrat, das Urteil des Bezirksausschusses auf und entschied, daß die Wahlen von Senkfeil und Haake gültig seien, die Wahl von Fritze aber ungültig sei. Die Begründung ging dahin:

Der Senat vermöge dem Bezirksausschuß in bezug auf das Flugblatt **nicht** beizutreten. Der erste und dritte Absatz enthielten nur einwandfreie, harmlose Bemerkungen, daß man mit den Leistungen der Stadtverordnetenversammlung in der bisherigen Zusammensetzung nicht zufrieden sein könnte und bitte, für die sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.

Der **Zwischenabsatz mit dem Hinweis auf die Arbeiterkundschaft der Gewerbetreibenden** könne nun ja allerdings als Androhung eines gewerblichen Boykotts, die im Wahlkampf unzulässig wäre, aufgefaßt werden. Es lägen aber nicht genügend Anhaltspunkte vor, die zu solcher Auffassung zwängen. Es sei denkbar, daß lediglich zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß die sozialdemokratischen Kandidaten besser die Verhältnisse der Kleingewerbetreibenden kennten und geeignet wären, sie besser zu vertreten. Deshalb habe der Senat hier eine unzulässige Wahlbeeinflussung **nicht** angenommen.

Es seien darum gültig die Wahl **Senkfeils**, der **nicht als Hausbesitzerkandidat** aufgestellt sei und kein Hausbesitzer sein brauchte, und die Wahl **Haakes**, der als Hausbesitzer gewählt worden und auch ein Hausbesitzer im Sinne der Städteordnung sei, da ihm und seiner Ehefrau **gemeinsam ein Haus** gehöre. **Das Miteigentum seiner Ehefrau sei ihm anzurechnen.**

Anders liege es mit **Fritze**. Seiner Ehefrau gehörten nur fünf Achtel des fraglichen Hauses, während der Rest nicht ihm, sondern dritten Personen zustehe. Er sei so **weder** Eigentümer eines Hauses, **noch** habe er ein Nießbrauchsrecht am **ganzen** Grundstück. Er sei daher **nicht Hausbesitzer** (Nießbraucher) im Sinne der Städteordnung. Da er aber Hausbesitzer hätte sein müssen — er war auch als Hausbesitzerkandidat aufgestellt —, so sei **seine** Wahl **ungültig**.

Gerichtszeitung.

Eifersucht als Freispruchsgrund.

Ein eigenartiger „Racheakt" bildete den Gegenstand einer Verhandlung, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber die 3. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte.

Aus der Untersuchungshaft wurde der in Brescia gebürtige Stukkateur Giovanni **Leonardo** vorgeführt, um sich wegen **schweren Diebstahls** zu verantworten. Der Angeklagte lebt seit etwa sechs Jahren mit einer Schneiderin zusammen. Die beabsichtigte Verehelichung kam bisher nicht zustande, da L. noch verheiratet ist und eine Ehescheidung für ihn als Italiener und Katholik nicht durchführbar ist. Im Sommer d. J. glaubte der Angeklagte entdeckt zu haben, daß die Schneiderin mit einem anderen Manne in mehr als freundschaftliche Beziehungen getreten sei. Als er Beweise für die angebliche Untreue seiner Geliebten zu haben glaubte, rächte er sich auf eine recht eigenartige Weise. Er erbrach einen in der gemeinschaftlichen Wohnung stehenden Koffer der Schneiderin und entwendete daraus 650 M. Bargeld und die sämtlichen Schmucksachen im Werte von etwa 800 M. Diese Beute brachte er zu einem Landsmann, der in der Schönhauser Allee ein italienisches Restaurant betreibt. Als man ihn an demselben Tage noch den Diebstahl auf den Kopf zusagte, führte er den Polizeibeamten selbst in das genannte Lokal und händigte ihm Geld und Schmucksachen aus.

Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er gar nicht die Absicht gehabt habe, sich die Sachen anzueignen, er habe der Schneiderin für ihre Untreue nur einen gehörigen Schreck einjagen wollen, was ihm ja auch gelungen sei. Da verschiedene andere Momente auch dafür sprachen, daß L. gar nicht eine ernstliche Aneignungsabsicht gehabt hatte, kam das Gericht zu einer **Freisprechung**. Der Staatsanwalt hatte **4 Monate Gefängnis** beantragt.

Kleine Nachrichten.

Schweres Automobilunglück.

Ein folgenschwerer Automobilunfall hat sich, wie dem „Berl. Tagebl." berichtet wird, in der Nacht zum Donnerstag auf der Chaussee Schroda-Posen zugetragen. Das Automobil des Landsturmbataillons Schroda Nr. 2 stürzte aus bisher nicht bekannter Ursache um. Dabei wurden getötet: der königliche Domänenpächter und Offizierstellvertreter Sarazin aus Schneeschütz, Kreis Schroda, der Lehrer an der hiesigen katholischen Schule und Vizefeldwebel Wöycieth owski und der Maschinenfabrikant Landsturmmann Susicki. Der vierte Insasse des Automobils, Hauptmann der Landwehr Heuer, Gymnasialdirektor in Jauer, kam mit leichteren Verletzungen davon.

Ein Hausverwalter.

In unserem Leipziger Parteiblatt wird das Verhalten eines Hausverwalters gekennzeichnet, das uns der Gipfel hausherrlicher Unverfrorenheit zu sein scheint. Ein Leipziger Mieter mußte kurz vor dem 1. Oktober wegen eines plötzlichen Todesfalles verreisen und hinterließ, daß er nach seiner Rückkehr den Mietsbetrag für das Quartal Oktober-Dezember entrichten werde. Das ist geschehen. Laut Postquittung hat der Mieter den Mietsbetrag in Höhe von 159 M. an den Verwalter, einen Herrn Rammer, abgesandt. Versehentlich wurde bei der Einzahlung vergessen, 5 Pf. Bestellgeld beizufügen. Am Tage darauf bekam der Mieter folgende Quittung zugesandt:

158 Mark 95 Pfg.

Abschläglich für Mietzins vom 1. Oktober bis mit 31. Dezember 1914 erhalten, bescheinigt.

Leipzig-Li., 8. Oktober 1914.

Gustav Rammer für Hermann Törpschs Erben.

Um einen Tag später traf folgendes Schreiben der Rechtsanwälte Justizrat Dr. Barth und Dr. Wünschmann ein:

Leipzig, den 9. Oktober 1914.

Herrn . . . . . , Leipzig.

Herr Gustav Rammer hat mich am 7. d. M. namens der Törpschschen Erben beauftragt, Klage auf Mietzinszahlung und Räumung gegen Sie zu erheben, weil Sie die Zahlung innerhalb der im Vertrage festgesetzten Frist nicht geleistet haben. Die Klage ist sofort angefertigt worden. Inmittelst haben Sie 158 M. 95 Pf. durch Postanweisung an Herrn Rammer gelangen lassen. Sie schulden demnach noch 5 Pf. Mietzinsrest und die durch Ihre Säumnis bei mir erwachsenen Kosten von 4 M. 20 Pf.

Ich ersuche Sie, beide Beträge von zusammen 4 M. 25 Pf. bis zum 13. d. M. an mich zu zahlen, andernfalls bin ich genötigt, die Klage gegen Sie einzureichen, wodurch Ihnen nicht unerhebliche Mehrkosten erwachsen.

Hochachtungsvoll

Unterschrift unleserlich.

Parteiveranstaltungen.

Bruchmühle. Sonnabend, den 17. d. M., abends 6 Uhr: Zahlabend bei Mille.

Jugendveranstaltungen.

Britz-Buckow. Sonntag, den 18. Oktober: Spielpartie. Treffpunkt 2 Uhr nachmittags an den Idealbauten. Dienstag, den 20. Oktober, abends 8½ Uhr, im Lokale von Becker, Chausseestr. 97: Zusammenkunft der weiblichen Jugend. Vortrag der Frau Bohm-Schuch.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Lindenstr. 3**, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von **3 bis 6 Uhr**, am Sonnabend von **5 bis 6 Uhr** statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

M. E. 58. Da rechtmäßig gekündigt ist, würde eine Klage keine Aussicht auf Erfolg haben. — **L. R. 5.** Eine Berücksichtigung der Reklamation wird schwerlich erfolgen. Wenden Sie sich an die Ersatzkommission. Wegen einer Unterstützung, auf die Ihre Mutter einen rechtlichen Anspruch nicht hat, wenden Sie sich an das Kriegsministerium. — **E. St. 29.** 1. bis 4.: Wenden Sie sich an das Bezirkskommando. — **Sch. 229.** Verlangen Sie von dem Hauswirt schriftlich die versprochene Renovierung innerhalb einer von Ihnen gesetzten Frist eintreten zu lassen, drohen Sie an, nach Ablauf der Frist würden Sie auf seine Kosten die Renovierung vornehmen lassen und führen Sie die Drohung dann aus. — **E. L. 75.** Eine Klage hätte Aussicht auf Erfolg. — **H. 1908.** 1. und 2.: Ja. 3. Etwa 15 M. wöchentlich. 4. Nein, wenn nicht neue Gründe hinzukommen. — **St. 76.** Wiederholen Sie die Aufforderung zur Zahlung, erklären Sie, daß Sie nach Ablauf einer von Ihnen zu stellenden Frist klagen würden und klagen Sie dann. — **A. B. 37.** Nein, ausnahmsweise kann aus bestimmten Fonds etwas gewährt werden. — **F. J. 4.** Wegen Herzleidens untauglich. — **O. F. 153.** Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin, Köpenicker Str. 80—82. — **Reinhold 56.** 1. und 2.: Der Konsul hat Ihnen die richtige Auskunft erteilt. 3. Wenden Sie sich an das Bezirkskommando. 4. Nein. — **B. B. 1.** Leider ist der Meister im Recht. — **L. 15.** Ja, durch mehrere Jahrhunderte. — **A. L. 30.** Auskunft über Marineangehörige erteilt das Zentralnachweisbureau des Reichsmarineamts, Matthäikirchstr. 9. — **16 E. A.** In Aquarien- und Terrarienhandlungen. — **M. R. 88.** Eine solche Stelle ist uns nicht bekannt.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Donnerstag, den 15. Oktober. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Ochsenfleisch Ia 80—89, do. IIa 75—78, do. IIIa 62—73; Bullenfleisch Ia 77—82, do. IIa 67—75; Kühe, fett 65—70, do. mager 57—62, Fresser 67—70, do. holl. 52—60, Bullen, dän. 58—66. Kalbfleisch: Doppellender 115—125; Mastkälber Ia 85—90, do. IIa 65—84; Kälber ger. gen. —,—. Hammelfleisch: Mastlämmer 80—84; Hammel Ia 76—79, do. IIa 72—75; Schafe 70—75. Schweinefleisch 74—78. — Gemüse, inländisches: Kartoffeln, Dabersche 50 kg 3,75—4,00; weiße Kaiserkronen 3,50—4,00; Magnum bonum 3,50—4,00; Porree, Schock 0,60—0,80; Sellerie, Schock 3,00—6,00; Spinat 50 kg 8,00—10,00 Mohrrüben 2,25—2,50; Bohnen 50 kg 15,00—25,00; Wachsbohnen 50 kg 15,00—25,00; Kohlrabi Schock 0,80—1,00; Wirsingkohl Schock 4,00—10,00; Wirsingkohl 50 kg 3,50—4,50; Weißkohl Schock 3,00—8,00, Weißkohl 50 kg 2,00—2,50; Rotkohl, Schock 4,00—10,00; Rotkohl 50 kg 2,50 bis 4,50; Kohlrüben 50 kg 3,00—5,00; Teltower Rüben 50 kg 5,00—12,00; Blumenkohl, Erfurter, 100 St. 10,00—30,00, Rosenkohl 50 kg 22,00—25,00, Meerrettich Schock 5,00—12,00, Petersilienwurzel Schockbund 1,00—3,00; Radieschen Schockbund 0,70—1,00; Salat Schock 2,00—3,00; Zwiebeln, 50 kg 7,00—8,00; Tomaten 50 kg 7,00—10,00; Pfefferlinge 50 kg 20,00—30,00; Steinpilze 50 kg 35,00—40,00; Grünlinge 50 kg 15,00—20,00; Champignons 50 kg 25,00—35,00; Gurken Schock 1,25—2,50; Senfgurken, Schock 7,00—10,00; Einlegegurken, Schock 0,60 bis 1,50. Kürbis 50 kg 2,00—3,00.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag: Kühl. Im Norden am Tage vorwiegend heiter, in den Morgenstunden meist nebelig. Im Süden vielfach wolkig; nirgends erhebliche Niederschläge.

Schutz gegen Erkältung! Stets warme trockene Füße!

Damen — weiches Chromleder, Friesfutter, für empfindliche Füße..... 6.90

Herren — Boxkalf mit Zwischensohle, Roß-Chevreau-Einsatz.. 12.50

Kinder — Schnallenstiefel imitiert Kamelhaarstoff, Lederspitze, Filz- u. Ledersohlen Gr. 21-26 1.35, 27/30 1.70, 31/35 1.95

Kamelhaar-Schnallenstiefel mit festen Kappen für Damen 2.60 für Herren 2.95

Herren — Boxkalf mit Kortzwischensohle, Derbyschnitt..... 16.50

Damen — „Luna" Boxhorse mit Sealskinfutter... 8.90

Schuhfabrik Conrad Tack & Cie., A.-G., Burg bei Magdeburg.

140 Verkaufsstellen im Reiche; davon 21 in Berlin und Umgebung:

C, Spittelmarkt 15; C, Rosenthaler Straße 14; W, Potsdamer Straße 50; W, Schillstraße 16; NW, Turmstraße 41; NW, Wilsnacker Str. 22; NW, Beusselstraße 29; N, Friedrichstraße 122; N, Müllerstraße 3; N, Reinickendorfer Str. 23; N, Brunnenstraße nur 37; N, Danziger Straße 1; O, Andreasstraße nur 50; O, Frankfurter Allee 125; SO, Oranienstraße 2a; SO, Oranienstraße 32; SO, Wrangelstraße 49; SW, Friedrichstr. 240-241; Charlottenburg: nur Wilmersdorfer Str. 122-123; Neukölln: Bergstraße 30-31; Potsdam: Brandenburger Str. 54

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.